

ROTE ANNELIESE

Nr. 189 / September 2005 Fr. 6.50

Geheime Studie zeigt:
**Homöopathie
wirkt!**
**Couchepin
blockt!**

Seite 10

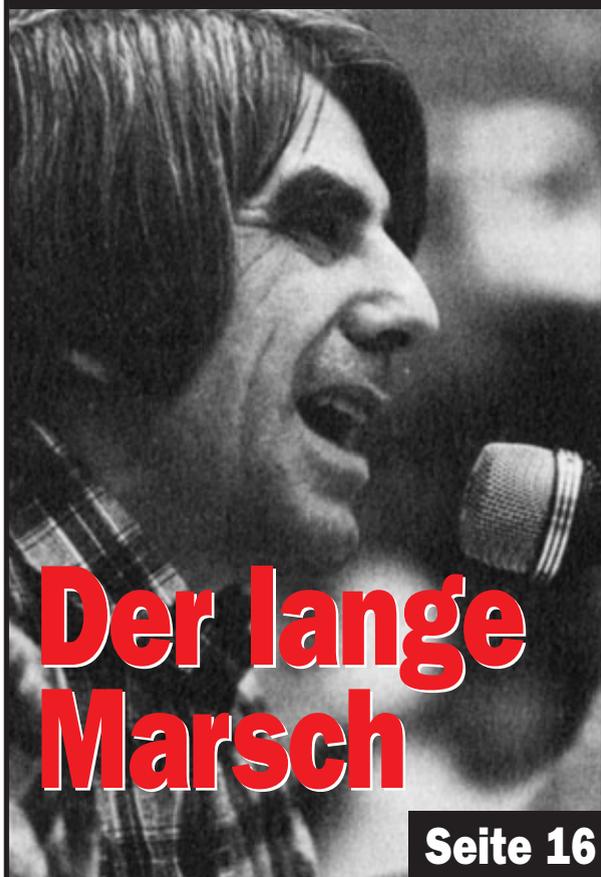
**Andere Gemeinden sollen noch
mehr für Leukerbad zahlen!**



**Der neueste Coup
des Finanzberaters
Albert Bass**

Seite 3

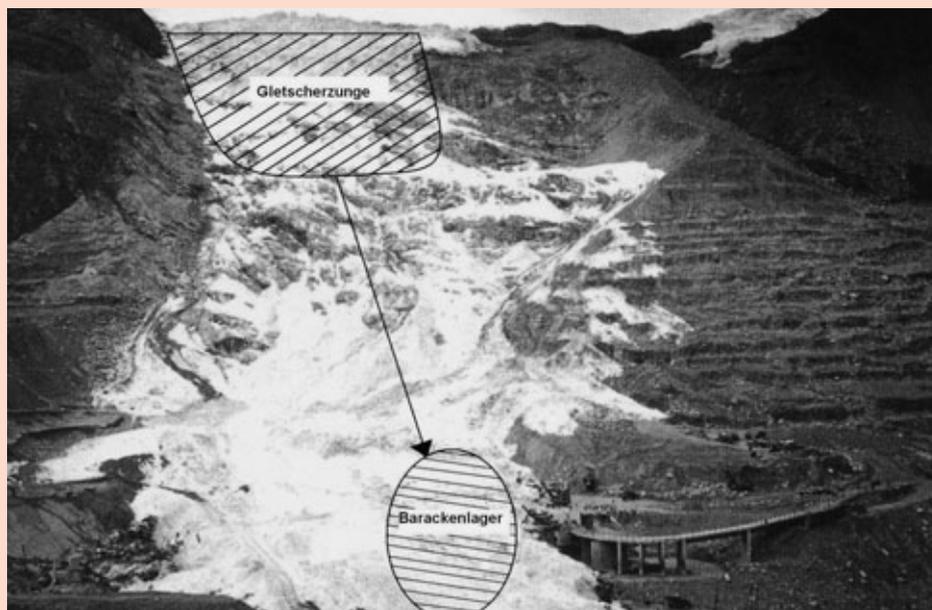
Rudi Dutschke



**Der lange
Marsch**

Seite 16

**Urteil zur Mattmark-Katastrophe:
Fataler Irrweg der Richter**



**Geologieprofessor warnte vor dem
Damoklesschwert**

Seite 4

Unsere PolitikerInnen in Bern: Katzenmusik

Seite 8

Mattmark-Prozess (1972): Ein klarer Fall von Thesenjustiz!

Am 30. August 1965 wurden 88 Bauarbeiter aus Italien, der Schweiz, Spanien, Österreich und Deutschland durch die Eislawine des Allalingsletzers getötet. Sieben Jahre später sprach das Bezirksgericht Visp und das Kantonsgericht alle 17 Angeklagten frei. Aus den Gerichtsakten geht deutlich hervor, dass die Richter einen fatalen Irrweg beschritten, indem sie ihre Hauptthese von den Angeklagten und von weiteren Verantwortlichen übernahmen. Die Angeklagten entwickelten sich immer mehr zu Kronzeugen zur Stützung der Hauptthese. Belastende Dokumente und Zeugenaussagen wurden ausgeblendet (Seiten 4 und 5). Ein klarer Fall von Thesenjustiz!

Einer der Hauptgründe für diesen Irrweg lag in der fehlenden internen und externen Kontrolle der Walliser Justiz. Damals war die Funktion des Richters noch nicht von jener des Untersuchungsrichters getrennt. So kam es, dass der Visper Bezirksrichter Mario Ruppen und der Gerichtsschreiber Paul Biderbost die siebenjährige Unter-

suchung in Eigenregie durchzogen und nicht merkten, dass sie einer falschen Fragestellung aufsaßen. Der Staatsanwalt Anton Lanwer und die beiden anderen Richter Max Arnold und Alain Zen-Ruffinen erhielten die Akten erst wenige Monate vor dem Gerichtstermin.

Auch die externe Kontrolle durch die Medien funktionierte nicht, weil die Untersuchungsberichte bis heute unter Verschluss blieben. Kurz nach der Katastrophe hatte der damalige WB-Redaktor Marco Volken im Leitartikel die entscheidenden Fragen nach der Verantwortung gestellt. Dann übergab sein Kollege Peter von Roten die Verantwortung demütig in die Hand Gottes und der WB ging auf Tauchstation. Aber auch im «10 vor 10» des Schweizer Fernsehen vom 30. August 2005 wurde ausgerechnet ETH-Professor Gerold Schnitter aus dem Archiv geholt und der längst Verstorbene durfte erneut die fatale Hauptthese des Prozesses wiederholen: Niemand hat mit dem Gletscherabbruch gerechnet!

Das Bezirksgericht Visp gibt sich noch heute zugeknöpft. Mit Verweis auf die gesetzliche Grundlage ist nur die Urteilsbegründung und die Anklage des Staatsanwaltes für die Presse zugänglich. Der Rest der Prozessakten bleibt noch weitere 20 Jahre unter Verschluss. Doch die Walliser Justiz hat auch bei aktuellen Verfahren grosse Mühe mit der Information der Medien. Es fehlt an der notwendigen, gesetzlichen Grundlage. Immer wieder beklagen sich Bezirksrichter, Untersuchungsrichter und Staatsanwälte darüber und verlangen, dass nun endlich klare Verhältnisse geschaffen werden, damit sie nicht bei jeder Presseinformation mit einer Klage wegen Amtsgeheimnisverletzung rechnen müssen.

Offenbar schläft man beim Kantonsgericht und beim Justizdepartement. Generalsekretär Walter Lengacher erklärte auf Anfrage, dass keine entsprechende gesetzliche Vorlage unterwegs sei. Gratstipp der *Roten Anneliese*: Auf der Homepage der Kantone Basel, Zürich oder Bern sieht man, wie die Gerichte informieren sollten und gleichzeitig kann man die gesetzlichen Grundlagen herunterladen.

Kurt Marti

Impressum

Rote Anneliese

Auflage: 3000

Jugendabo: Fr. 20.–

Jahresabo: Fr. 40.–

Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor: Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen

Hilar Egger
Elisabeth Joris
Marie-Theres Kämpfen
Madeleine Kuonen
Hanna Schnyder-Etienne
Judith Venetz
Renata Werlen

Sekretariat: Ursula Schild

Satz und Druck

s+z Gut zum Druck, 3902 Brig-Glis

Herausgeber

Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch



Dicke Eier

Tenud lässt Bayard springen

Der Briger Betreibungsbeamte Paul-Bernhard Bayard hatte einen Zahlungsbefehl ins Amtsblatt gesetzt, obwohl die Rechnung seit Monaten bezahlt war. Die Betroffenen reichten eine Strafklage wegen Ehrverletzung und Amtsmissbrauch ein. Der zuständige Untersuchungsrichter Bernhard Tenud stellte fest, dass Bayards Vorgehen «aus formeller Sicht gesehen nicht völlig korrekt» war. Dennoch wollte Tenud kein Verfahren eröffnen, weil Bayard nicht mit Absicht gehandelt habe. Er sei davon ausgegangen, dass die Rechnung noch nicht bezahlt sei. Es ist folglich möglich, dass ein Betreibungsbeamter im Amtsblatt jemand an den Pranger stellt, 17000 Franken nicht bezahlt zu haben, ohne dass er diese falsche und ehrverletzende Meldung öf-

fentlich zurücknehmen und sich entschuldigen muss.

Werni, das Schlitzohr

Vor ein paar Jahren hat sich die *Rote Anneliese* für die Gemeinde Simplon Dorf eingesetzt. Schwarze Ingenieure und sture Kantonsbeamten wollten der Gemeinde eine viel zu teure ARA aufbürden. Dabei hat die RA den damaligen Kritiker und Bauunternehmer Werner Zenklusen in seinem Anliegen unterstützt, eine billigere Naturkläranlage zu bauen. Zenklusen wurde aufgrund seiner Opposition überraschend Gemeindepräsident von Simplon Dorf. Doch kaum im Amt, verfolgte Zenklusen eine noch billigere Alternative, nämlich die natürlichste aller Kläranlagen: Die Natur, genauer gesagt den Krummbach. Werni, das Schlitzohr, hat auch die RA ausge-

Inhalt

Leukerbad:
Öl ins Feuer
► Seite 3

Mattmark:
Klares Fehlurteil
► Seite 4

Lötschberg:
Lawine von 1908
► Seite 6

Klimapolitik:
Eingeseifte Linke
► Seite 7

Brief aus Bern:
Nur Katzenmusik
► Seite 8

Belalp-Riederalp:
Schwerer Dämpfer
► Seite 9

Israel:
Keine Waffen
► Seite 10

Homöopathie:
Couche-Päng!
► Seite 11

Dicke Eier
und Widerspruch
► Seite 12

Leuker Justiz:
Grosse Zweifel
► Seite 13

Frauenmarsch:
Die Forderungen
► Seite 14

Wussten Sie
schon, dass...?
► Seite 15

Buchbesprechung:
Jean-Jacques Sempé
► Seite 15

Rudi Dutschke:
Langer Marsch
► Seite 16

Wohin frau/man
geht
► Seite 18

Zi-Täter
► Seite 19

Neu: Simplonforum
► Seite 19

Radio Rottu:
Ein SVP-ler
► Seite 20

Sanierung der Burgergemeinde Leukerbad Bass-Expertise fordert mehr Gläubigerverzicht

Saas-Balen soll noch mehr zahlen!

LEUKERBAD – Die Gläubiger der Burgergemeinde Leukerbad sollen auf noch mehr Geld verzichten. Dies verlangt der Burgerrat von Leukerbad gestützt auf eine Expertise des Finanzberaters Albert Bass. Doch die Gläubiger und der Kanton Wallis haben dafür gar kein Gehör. Der Versuch, noch mehr Schulden auf andere Gemeinden abzuwälzen, ist kläglich gescheitert. Jetzt liegt der Ball wieder beim Burgerrat.

Von Kurt Marti

Die geplante Sitzung zwischen dem Burgerrat von Leukerbad und den Gläubigern UBS, CS, ESG (Emissionszentrale der Schweizer Gemeinde), WKB, Raiffeisen, Munizipalgemeinde Leukerbad ist Ende August geplatzt. Im Vorfeld hatte der Burgerrat von den Gläubigern einen Forderungsverzicht von rund 50 Prozent verlangt, gestützt auf eine Expertise des Finanzberaters Albert Bass. Doch die Hauptgläubiger wiesen diesen Vorschlag als «in-akzeptabel» zurück. Auch beim Kanton schüttelt man weitherum den Kopf über dieses «unerklärliche und politisch unkluge» Verhalten der Burgergemeinde. Denn zur Zeit liegt ein kompromissfähiger Sanierungsplan auf dem Tisch, welchen eine kantonale Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Pierre Bonvin, dem

Chef der kantonalen Finanzverwaltung, im Auftrag des Staatsrates ausgearbeitet hat. Dieser Sanierungsplan schlägt einen Forderungsverzicht der Gläubiger von rund 30 Prozent vor und wäre reif für die Debatte im Grossen Rat. Vorgesehen war die Septembersession, nun wird es November oder später.

Zuerst wollte der Burgerrat alle Kapitalschulden zurückzahlen

Erstaunlicherweise hat die Burgergemeinde letztes Jahr selber einen Sanierungsplan vorgeschlagen, in dem sie überhaupt keinen Forderungsverzicht von den Gläubigern verlangte, also die vollständige Rückzahlung der Schuld, welche zur Zeit bei rund 53 Millionen liegt, exklusive Zinsschulden von 13 Millionen. Nach Abzug der pfandgesicherten Burgerbad-Schuld von 15 Millionen an die UBS hätte der Kanton noch eine Bürgschaft von rund 38 Millionen übernehmen sollen, um der Burgergemeinde die Aufnahme von zinsgünstigen Darlehen zu ermöglichen. Der Kanton hingegen war im Interesse der Burgergemeinde der Ansicht, dass die Gläubiger zur Sanierung einen zusätzlichen Teil

beitragen und neben dem Zinsverzicht von 13 Millionen einen weiteren Forderungsverzicht von rund 30 Prozent hinnehmen sollen. Die Bürgschaft des Kantons würde sich gemäss diesem Vorschlag etwa halbieren.

Andere Gemeinden sollten 3,8 Millionen mehr zahlen

Auf die Burgerschuld von 53 Millionen macht ein Verzicht von 30 Prozent rund 16 Millionen und ein Verzicht von 50 Prozent rund 26 Millionen aus. Mit dem neuen Vorschlag würde die Burgergemeinde also nochmals um rund 10 Millionen besser gestellt. Davon gingen 4,9 Millionen auf das Konto der Banken, was nicht weiter schlimm wäre. Doch der Haken liegt bei den 3,8 Millionen, welche zusätzlich auf die ESG-Gemeinden überwält würden, und die 1,7 Millionen welche auch die Munizipalgemeinde Leukerbad zusätzlich ans Bein streichen müsste. Bekanntlich müssen für die ESG-Kredite jene Gemeinden zahlen, welche Bürgschaften geleistet haben. Es handelt sich dabei um über 30 Schweizer Gemeinden, darunter die Walliser Gemeinden Grächen, Saas-Balen, Saas-Fee, Zermatt und Monthey.



Unverfrorene Burgergemeinde: Geschenk der anderen Gemeinden zurückgewiesen und ein noch grösseres verlangt!

Vorgehen zeugt von Unverfrorenheit

Saas-Balen ist selber ein Sanierungsfall und muss über Kantonskassen saniert werden. Es wäre gar nicht im Stande seinen Anteil an die ESG zu bezahlen, so dass die zusätzlichen Forderungsverzichte schlussendlich aus der Kantonskasse berappt werden müssten. Das Vorgehen der Burgergemeinde zeugt von einer gravierenden politischen Fehleinschätzung, ja

sogar von Unverfrorenheit, jetzt nach dem angebotenen Geschenk der Gemeinden, noch ein grösseres einzufordern. Insbesondere für die Gemeinden in der übrigen Schweiz ist das auch touristisch ein denkbar schlechtes Signal. Auf Anfrage will sich Burgerrat Wolfgang Loretan nicht zum neusten Coup der Burgergemeinde äussern und begründet: «Die Sache ist zu heiss und ich möchte nicht noch mehr Öl ins Feuer giesen.»

Erstaunlich: WKB-Vize Bass gegen die eigene Bank!

Die Bass-Expertise, über deren Qualität wenig Schmeichelhaftes zu erfahren ist, hat auch Auswirkungen auf die Walliser Kantonalbank (WKB), deren Vize-Präsident Albert Bass ist. Denn auch die WKB gehört mit rund 1 Million zu den Gläubigern der Burgergemeinde Leukerbad. Eine Erhöhung des Forderungsverzichts von 30 auf 50 Prozent würde für die WKB einen weiteren Verlust von 20000 Franken ausmachen. Dies entspricht etwa dem WKB-Verwaltungsratsmonat von 3–4 Jahren. Ob die WKB den Forderungsverzicht schnurgerade an Bass weiterleitet, ist uns nicht bekannt. Der Kommentar von Bass: «Das ist doch kalter Kaffee»

Geologieprofessor Nicolas Oulianoff (1954):

«Unter diesem Damoklesschwert darf man nicht bauen!»

MATTMARK/VISP – Die Mattmark-Katastrophe im Jahre 1965 kostete 88 Bauarbeitern das Leben. Alle 17 Angeklagten wurden nach siebenjähriger Untersuchung im Jahr 1972 vom Bezirksgericht Visp freigesprochen. Dabei hatten kritische Glaziologen längst vor der Gefährlichkeit des Gletschers gewarnt. Fünf Jahre vor Beginn der Projektierung war ein Teil des Allalingletschers abgebrochen und in Form einer Eislawine bis in die Talebene vorgestossen.

Von Kurt Marti

Die Elektrowatt AG begann im Jahre 1954 mit der Projektierung des Mattmark-Staudamms. Nur fünf Jahre vorher, im Jahre 1949, brach ein beträchtlicher Teil des Allalingletschers ab und bewirkte eine Eislawine, welche bis in die Talebene von Mattmark vorsties und bloss 100 Meter vom Standort der späteren Unglücks-Baracken stehen blieb. Die Eidgenössische Gletscherkommission erwähnte im Jahre 1950 mit Besorgnis den enormen Rückgang des Allalingletschers im Jahr 1948/49 und folgerte: «Es handelt sich hier um dasselbe Phänomen, welches am 11. August 1949 den fürchterlichen Gletschersturz von Tour verursacht hat, welcher zehn Menschen das Leben kostete.» Diese Warnungen der Gletscherkommission waren in Fachkreisen bekannt und wurden sogar in der Monatszeitschrift des Schweizer Alpenclubs (SAC) veröffentlicht, zu deren Mitglieder auch einige der Elektrowatt-Ingenieure gehörten.

Professor Oulianoff verlangte Kontrollen des Gletschers

Auch der Lausanner Geologieprofessor Nicolas Oulianoff hatte 1954, also im Jahre des Beginns der Mattmark-Projektierung, geschrieben: «Da die meisten Gletscher der Schweizer Alpen zurück-

weichen, verstärken sich die Möglichkeiten eines Bruchs in der Kontinuität der Eisdecken. Dadurch drohen sich die Fälle von Eisabstürzen zu vermehren. Eine Kontrolle gewisser Gletscher wird deshalb unausweichlich, um mögliche Katastrophen zu vermeiden.» Weil sich die Dicke des Allalingletschers verringere, dürfe man «unter einem solchen Damoklesschwert nicht bauen.» Oulianoff publizierte seine fundamentalen Erkenntnisse im «Feuille d'avis de Lausanne» und in diversen Fachzeitschriften, welche zur Zeit der Mattmark-Projektierung in allen grossen Bibliotheken der Schweiz greifbar waren, insbesondere in der ETH Zürich und der ETH Lausanne. Übrigens auch in der Kantonsbibliothek in Sitten.

Schutzbehauptung der Angeklagten übernommen

Selbst der 150-seitige Expertenbericht zuhanden des Bezirksgerichtes Visp kam eindeutig zum Schluss, dass die Eislawine von 1949 «allgemein bekannt gewesen ist». Doch das Bezirksgericht Visp unter dem Präsidium von Mario Ruppen und dem Beisitz des Briger Bezirksrichters Max Arnold und des Leuker Bezirksrichters Alain Zenre wollte davon nichts wissen. Die Richter korrigierten die «irrig Annahme» der internationalen Experten

Mattmark-Katastrophe (1965):

- 88 Bauarbeiter starben in der Eislawine
- Alle Angeklagten wurden freigesprochen
- Richter verfolgten einen fatalen Irrweg

und übernahmen stattdessen die offensichtliche Schutzbehauptung der Angeklagten, dass sie von der Eislawine im Jahr 1949 überhaupt keine Kenntnis hatten und folglich die Katastrophe auch nicht voraussehen konnten. Die Warnungen von Professor Oulianoff und der Eidgenössischen Gletscherkommission wurden in der Urteilsbegründung mit keinem einzigen Wort erwähnt, obwohl beide Warnungen dem Gericht bekannt waren, einerseits über den eigenen Expertenbericht, andererseits über die Anklage des Staatsanwaltes Anton Lanwer.

Keine Kontrollen, kein Alarmsystem!

Die Elektrowatt-Ingenieure und die Bauunternehmungen haben es nachweislich unterlassen, den gefährlich herunterhängenden Allalingletscher (siehe Foto) im Hinblick auf die Sicherheit der Baubaracken zu untersuchen. Es gab auch keine systematischen Kontrollen des Gletschers während der Bauphase. Ebenso fehlte ein Alarmsystem. Statt hier den einzelnen Ingenieuren und Unternehmern ihre Fahrlässigkeit nachzuweisen, übernahm das Gericht kritiklos die Schutzbehauptungen der Angeklagten, niemand habe sie über die Eislawine von 1949 informiert und folglich hätten sie auch keine Gefahr sehen können. Damit setzten sich die

Richter in klaren Widerspruch zur eigenen Argumentation. Denn in ihrer Urteilsbegründung schreiben sie, dass «umsichtig handelt, wer nach Anhaltspunkten für eine mögliche Gefahr sucht.» Es genügt folglich nicht, darauf zu warten, bis jemand auf eine mögliche Gefahr hinweist.

Richter produzierten ein brillantes Plädoyer der Verteidigung

Es ist auffällig, dass die Richter immer wieder solche Widersprüche und Bocksprünge produzierten. Statt den Angeklagten ihre Verantwortung nachzuweisen, fiel das Gericht fortlaufend in die Rolle der Verteidigung zurück. Der Grund ist einfach: Die siebenjährigen Untersuchungen verliefen immer entlang der Hauptthese der Unvorhersehbarkeit der Mattmark-Katastrophe. Alle Fragen und Antworten liefen immer darauf hinaus, dass diese Katastrophe niemand vorausgesehen hat, also auch keiner die Verantwortung trägt. Doch dieser Ansatz war ein fataler und folgenschwerer Irrweg, welcher zum unfassbaren Freispruch aller Angeklagten führte. Denn ob jemand die Mattmark-Katastrophe in diesem Ausmass vorausgesehen hat oder nicht, ist nicht entscheidend, sondern vielmehr die Frage, was man angesichts einer möglichen Gefahr hätte unternehmen sollen, diese zu begren-

zen oder zu verhindern. Die Hauptthese der Richter deckte sich mit der Schutzbehauptung der Angeklagten. Und weil die Richter bestrebt waren, ihre These zu stützen, arbeiteten sie auch im Sinne der Angeklagten. Die Urteilsbegründung ist ein brillantes Plädoyer für die Verteidigung, aber als Gerichtsurteil nicht haltbar.

Bundesrat Bonvin wusste vom Gletscherabbruch

Brisant ist die Herkunft der Hauptthese des Prozesses. Zwei Tage nach der Mattmark-Katastrophe erklärte der frühere Mattmark-Ingenieur und amtierende Bundesrat Roger Bonvin vor den Medien: «Kein Mensch hat erwartet, dass sich ein derartiger Gletscherabbruch ereignen könnte.» Ins selbe Horn blies der ETH-Professor Gerold Schnitter, dessen Versuchsanstalt für Wasserbau, den Allalingletscher jahrelang wissenschaftlich untersucht hatte: «Aus den jahrelangen Messungen hatte man in gar keiner Weise irgendwie auf ein plötzliches Abbrechen von einem Teil des Gletschers schliessen können.» Bonvin und Schnitter hatten allen Grund zu diesem selbstherrlichen Befreiungsschlag. Denn Bonvin hatte als einziger der Elektrowatt-Ingenieure zugegeben, dass er vom Gletscherabbruch von 1949 Kenntnis hatte. Ebenfalls Schnitter



Allalingletscher vor (links) und nach der Katastrophe: Die Zunge des Allalingletschers hängt vor der Katastrophe bedrohlich den Felshang herunter. Aber keiner der Angeklagten sah eine Gefahr. Im Gegensatz zu den Arbeitern.

und sein Professorenkollege Peter Kasser hatten von diesem Gletscherabbruch Kenntnis.

Richter im Widerspruch zum Expertenbericht

Statt den Elektrowatt-Ingenieuren und den ETH-Professoren ihre konkreten Versäumnisse nachzuweisen, übernahm das Gericht erneut deren Verteidigung. Weil der Gletscherabbruch von 1949 nur bis an den Fuss des Felsanges vorgedrungen sei, hätten für die 220 Meter entfernten Baracken selbst bei grösseren Abbrüchen noch keine Gefahr bestanden. Diese Behauptungen stehen im Widerspruch zum Expertenbericht. Zum ersten zeigt die Karte des Expertenberichtes klar, dass die Eislawine von 1949 bis rund 100 Meter an den späteren Ort der ersten Baracke heranreichte. Und zweitens stellte die Eislawine laut Experten «ein Verdachtsmoment dar.» Der Gedanke sei naheliegend, dass «sich auch eine Eislawine von grösserem Ausmass ereignen könnte.» Im Klartext: Die Elektrowatt AG und die Bauunternehmungen hatten die Pflicht zur genaueren Vorabklärung der Sicherheit der Baubaracken und zur Ein-

ETH-Geologen haben Eissturz vorausgesagt!

Der Allalingletscher wurde erstaunlicherweise nur auf die Sicherheit des Staudamms untersucht, nicht aber im Hinblick auf die Sicherheit der Arbeiter. Jahrelang hatten die ETH-Professoren Gerold Schnitter und Peter Kasser im Auftrag der Elektrowatt den Allalingletscher untersucht. Brisant ist dabei ein Schreiben von Schnitter und Kasser aus dem Jahr 1954 an die Elektrowatt: «Im Falle eines Vorstosses des Allalingletschers würde vorerst die Eislawinentätigkeit aktiviert und dadurch voraussichtlich ein kleiner regenerativer Gletscher gebildet...» Das steht auch im offiziellen Expertenbericht zuhanden des Gerichts. Dabei kommt der Expertenbericht zum frappanten Schluss: «Unglücklicherweise bewahrheitete sich die Aussage dieses

Briefes. Der Eissturz vom 30. August 1965 war eine Eislawine, welche zur Formung eines Regenerationsgletschers führte.» Schnitter und Kasser haben folglich den Eissturz vorausgesehen. Nach der Katastrophe berichtete die Schweizer Illustrierte, Kasser habe «bereits im Jahre 1960 eine Arbeit veröffentlicht, in der er die katastrophalen Ereignisse voraussagte.»

Schnitter und Kasser haben nicht explizit gewarnt

Es steht fest, dass die beiden ETH-Geologen Schnitter und Kasser keine expliziten Warnungen an die Elektrowatt abgegeben haben, obwohl sie von der Eislawine von 1949 Kenntnis hatten, obwohl sie einen Eissturz voraussahen und obwohl sie die Studien von Professor Oulianoff und der Eidgenössischen Gletscherkommission kennen mussten. Dies ist sogar für die Expertenkommission «überraschend». Das Gericht hingegen rutschte erneut in die Rolle der Verteidigung. Statt den ETH-Geologen die konkrete Unterlassung der Sorgfaltpflicht nachzuweisen, übernahmen die Richter unkritisch deren Schutzbehauptungen zur erneuten Stützung ihrer

February 1962 in einem internen Elektrowatt-Bericht festgehalten, «dass ernsthafte und häufige Beobachtungen des Gletschers durchgeführt werden müssen, weil die Gefahr für die darunter liegenden Baustellen gross werden könnte.» Im krassen Widerspruch zu diesem Zitat folgerten die Richter, Wuilloud habe bloss mit kleineren Eisabbrüchen gerechnet, «ohne darin eine besondere Gefahr zu sehen». Erneut war die Hauptthese gerettet. Die Frage der konkreten Verantwortung der Angeklagten war elegant umschifft.

Einer der Richter hat offenbar das falsche Spiel erkannt

Die ETH-Geologen und Elektrowatt-Ingenieure inklusive Bundesrat Bonvin und Verteidigeranwalt Hermann Bodenmann hatten sich geschickt auf die These der Nicht-Vorhersehbarkeit der Katastrophe eingeschworen und die Richter fielen auf diese Finte herein. Nach siebenjähriger Untersuchung war die These in Stein gemeisselt und die Richter konnten nicht mehr zurück, denn sonst hätten sie die Untersuchung logischerweise von vorne beginnen müssen. Diese Blamage konnte sich die Walliser Justiz in der Schweiz und im nahen Ausland nicht leisten. Der Freispruch aller Angeklagten war schlussendlich das kleinere Übel. Der Staatsanwalt Anton Lanwer bekam die Akten erst einige Monate vor den Schlussverhandlungen. Sein Plädoyer war feurig, aber seine Anklageschrift machte einen erschreckend hilflosen Eindruck. Ein kleiner Lichtblick allerdings konnte man erkennen: Das Urteil wurde nicht einstimmig gefällt. Einer der drei Richter (Ruppen, Arnold und Zen-Ruffinen) hatte offenbar das falsche Spiel durchschaut. Ein halbes Jahr später wurde das Urteil vom Kantonsgericht bestätigt.

Lötschbergtunnelbau in Goppenstein

Lawine forderte 11 Tote

GOPPENSTEIN – Am 29. Februar 1908 ging eine Lawine in Goppenstein auf die Unterkünfte der Tunnelarbeiter des Lötschbergtunnels nieder und forderte 11 Tote. Wie damals bei der Mattmark-Katastrophe wurde die Frage der Verantwortung gestellt. Die Ingenieure wurden von den Einheimischen gewarnt, ohne den Standort der Unterkünfte zu wechseln. Trotz öffentlicher Proteste wurde niemand angeklagt, geschweige denn verurteilt.

Von Elisabeth Joris

Nach dem schweren Lawinenglück vom Februar 1908 rapportierte der Frontartikel der Westschweizer «*La Liberté*» vom 4. März unter dem Titel «*Les responsabilités de l'entreprise du Lötschberg*» das Gerücht, die einheimische Bevölkerung habe die Bauleitung gewarnt, die Baubaracken ständen in der Lawinenzonen. War die Unternehmen also zu hohe Risiken eingegangen? Gebort wurde am Lötschberg bereits seit 1906, von Kandersteg und von Goppenstein her. Bald reichten sich am rechten Ufer der Lonza neben verschiedenen Gebäuden für die technische Leitung eine grosse Zahl Arbeiterbaracken, ein Hotel für die Angestellten, ein kleines Spital, eine Post und eine Schule. Weil noch kein Saisonierstatut den Familiennachzug gesetzlich verbot, waren viele der mehrheitlich aus Italien kommenden Mineure von ihren Familien begleitet. Um die 2000 Personen lebten in Gop-

penstein und die Arbeiten waren voll im Gange, als in den letzten Februarwochen des Schaltjahres 1908 mehrere Lawinen niedergingen.

Vorboten der kommenden Katastrophe

Der verschüttete Tunnelgang musste freigeschaufelt und ein beschädigtes Wohnhaus geräumt werden. Nur wenige Tage später begrub die gefürchtete «rote Lawine», vier Arbeiter der Nachtschicht auf dem Weg zwischen Tunnel und Arbeiterbaracken. Drei wurden gerettet, einer konnte erst Wochen später nur noch als Leiche geborgen werden. Diese Lawinnenniedergänge waren erst die Vorboten der kommenden Katastrophe. Die Lawine vom 29. Februar traf mit aller Wucht auf die Baustelle, zerstörte das Hotel der Angestellten, beschädigte die Post und weitere Gebäude. Resultat: elf Tote, vier Schwer- und 13 Leichtverletzte. Neben dem Tunnelarzt, einem Inge-

nieur, vier Betriebsangestellten, waren ein Monteur, ein Mechaniker und drei Arbeiter unter den Opfern, ein schwerverletzter Ingenieur starb später im Spital. Panik verbreitete sich unter den italienischen Arbeitern und ihren Familien. Rund 50 Mineure und Maurer marschierten mit ihren Habseligkeiten über den tief verschneiten Lötschenpass, um auf der Kanderstegerseite Arbeit zu suchen.

Ingenieure wurden von der Bevölkerung gewarnt

Um die 800, mehr als die Hälfte der Belegschaft, sollen noch vor Ablauf einer Woche laut «*Gazette du Valais*» nach Italien zurückgekehrt sein. Wie in der Westschweizer «*Liberté*» wusste auch der «*Berner Oberländer*» zu berichten, die Bevölkerung habe die Bauleitung des mehrheitlich in französischen Besitz stehenden Generalunternehmens für den Bau des Lötschbergtunnels gewarnt.

Die Bauten stünden auf der falschen Seite des Tales, doch die «Pariser Ingenieure» hätten es besser gewusst. Ebenso tönte es in der «*Gazette du Valais*», auch wenn die Bauunternehmung gegen die Angriffe argumentierte, Bund und Kanton seien mit dem Standort einverstanden gewesen, da auch Post und Arrestzelle in der Lawinenzonen gestanden seien. Diese Argumentation wurde vom Zeitungskommentator zerrissen, die Herren hätten den Behörden gar keine Alternative vorgeschlagen und die Bauunterlagen nicht vorgelegt, und überhaupt richteten die Ingenieure ihr Augenmerk nur auf den Tunnel. Schnell vor allem sollte es gehen, hiess es in der Walliser Zeitung.

Fehleinschätzung war ein voraussehbarer Irrtum

Die Bauunternehmung erstellte bereits am 10. März einen internen Rapport, der zwar die Vorgänge detailliert wiedergab, doch auch unterstrich, die Wetterbesserung nach den ersten Lawinnenniedergängen sei auf ein Ende der Gefahr interpretiert worden. Die Fehleinschätzung war demnach ein nicht voraussehbarer Irrtum. Zur Rechenschaft gezogen wurde die Unternehmung nicht. Die Toten wurden begraben, die Verwundeten im Spital in Brig vom Tunnelarzt Pometta gepflegt. Die Versicherungen der Alpenbahngesellschaft (BLS) und der Generalunternehmung zahlten die Spitalkosten der Angestellten und Arbeiter der Unternehmung. Bei einer der verletzten beiden italienischen Dienstmägen des zerstörten Hotels

zeigten sie sich dagegen knauserig. Keine der beiden Versicherungen wollte zuständig sein. Walliser Anwälte versuchten nach zwei Jahren die Interessen der immer noch teilinvaliden Frau zu vertreten und die Entschädigung einzufordern. Ob sie Erfolg damit hatten, weiss man noch heute nicht.

Tunneleinbruch forderte weitere 13 Tote

Auswirkungen hatte die Katastrophe dennoch. Die Erstellung von Lawinerverbauungen wurde intensiviert, der Tunnel um 50 Meter nach Süden hin verlängert, die grosse Mauer zum Schutz des geplanten Bahnhofs erbaut, 11 Häuser evakuiert und etliche Unterkünfte als solche aufgegeben. Die neue Barackensiedlung erstellte man 20 Minuten Fussmarsch talabwärts auf dem linken Ufer der Lonza, in der bereits auf Boden der Gemeinde Steg gelegenen Schlegmatte – nach Lötschentaler Stimmen auch dort an einem lawinengefährdeten Ort. Unter Lawinen wurde aber bis zum Ende der Bauzeit 1913 niemand mehr begraben, dagegen kam es nicht mal ein halbes Jahr nach der Katastrophe in Goppenstein im nördlichen Tunnelabschnitt zu einer weiteren Katastrophe. Wegen geologischer Fehlberechnungen brach der Tunnel unter dem Gastertal ein und tötete 13 Arbeiter. Auch hier verwahrte sich die Bauunternehmung gegen jegliche Schuldzuweisung. Die Versicherung zahlte, die Linienführung wurde geändert und an die Verschütteten erinnert ein Stein auf dem Friedhof in Kandersteg.

Tiefenbohrungen in Raum und Zeit

Im Frühsommer 2006 erscheint im Verlag HIER + JETZT das von Elisabeth Joris herausgegebene Buch: Tiefenbohrungen in Raum und Zeit. Frauen und Männer rund um die grossen Tunnelbaustellen der Schweiz.



Goppenstein nach dem Lawinenglück von 1908:

Im Hintergrund die beschädigte Post und davor die Überreste des vollständig zerstörten Hotels. Im Vordergrund ist das teilweise eingedrückte Bürohaus ersichtlich.

Statt einer CO₂-Abgabe nur ein minimaler Klimarappen

Erdöllobby hat Leuenberger und seine Beamten eingeseift!

BERN – Wirbelstürme in den USA und Japan sowie Überschwemmungen in Mitteleuropa. Die Folgen der Erderwärmung und folglich des Benzin- und Ölverbrauchs werden immer sichtbarer. Doch Bundesrat Moritz Leuenberger und seine linken und grünen Chefs der zuständigen Bundesämter liessen sich von der Erdöllobby einseifen und präsentieren statt einer griffigen CO₂-Abgabe auf Benzin einen mickrigen Klimarappen.

Von Kurt Marti

SPS-Bundesrat Moritz Leuenberger steht dem Eidgenössischen Energiedepartement (UVEK) vor, das SP-Mitglied Walter Steinmann ist Chef des Bundesamtes für Energie (BFE) und der ehemalige WWF-Geschäftsleiter Philippe Roch hat bis jetzt das Bundesamt für Wald und Landschaft (Buwal) geleitet. Die zentralen Schlüsselstellen für die Klima- und Energiepolitik liegen also in der Hand von ehemaligen Linken und Grünen. Umso mehr erstaunt es, dass Bundesrat Leuenberger jetzt stolz einen mickrigen Klimarappen auf Benzin präsentiert, obwohl das demokratisch beschlossene CO₂-Gesetz eine CO₂-Abgabe von bis zu 50 Rappen erfordern würde. Interessant ist vor allem, wie dieser undemokratische Deal hinter den Kulissen eingefädelt wurde.

Erdöllobby sprach bei Leuenberger lautstark vor

Als die Erdölvereinigung vor drei Jahren Wind bekam, dass Bundesrat Leuenberger und seine Chefbeamten Steinmann

und Roch eine Expertise zur Einführung einer CO₂-Abgabe auf Heizöl und Benzin beim Beratungsbüro Infrac auftrag gegeben haben, nahm Rolf Hartl, Geschäftsführer der Erdölvereinigung, die Schweizer Klimapolitik selbst in die Hand. Berechtigterweise befürchtete er einen Rückgang des Benzinverbrauchs und folglich der Gewinne der Erdöl- und Treibstoffbranche. Lautstark sprach darauf Hartl und die Autolobby im Departement Leuenberger vor und knallten ihre eigene Studie auf den Tisch. Darin wurde statt einer markanten CO₂-Abgabe bloss ein mickriger Klimarappen auf Benzin vorgeschlagen. Als Verfasser der Studie

zeichnete Marco Berg, ein früherer Mitarbeiter der Erdölvereinigung. Bezahlt wurde die Studie von der Erdölvereinigung.

Die Interessenvertreter diktieren Klimapolitik

Leuenberger liess sich zusammen mit seinen Amtschefs von der Erdöl- und Autolobby einseifen. Der ursprüngliche Infrac-Auftrag wurde sofort abgeändert, so dass nun ein Vergleich der CO₂-Abgabe und des Klimarapps als neue Aufgabenstellung vorlag. Doch damit nicht genug des Beamten-Gehorsams! In der studienbegleitenden Arbeitsgruppe nahmen neben den

BFE- und Buwal-Vertretern lauter Erdöl- und Wirtschaftslobbyisten Einsitz. Selbst Infrac-Mitarbeiter Mario Keller kritisierte die «*einseitige Zusammensetzung*» der Arbeitsgruppe. Die Umweltverbände und andere kritische Stimmen wurden ausgeschlossen. Neben EV-Geschäftsführer Hartl nahm auch sein früherer Mitarbeiter Marco Berg Einsitz, welcher handfeste Eigeninteressen vertrat. Denn Berg und sein Beratungsbüro werden von der Einführung des Klimarapps besonders profitieren, weil sie schon jetzt dick im Geschäft mit dem internationalen Handel mit Emissionszertifikaten stehen. Ein Teil der Erträge des Klimarapps gehen in diesen Zertifikatshandel, weil die CO₂-Einsparungen in Form eines modernen Ablasshandels vor allem im Ausland vorgenommen werden.

ETH-Professor Dieter Imboden ist empört

Diese Art von Energiepolitik wurde sogar vom Klimaex-

perten und ETH-Professor Dieter Imboden scharf kritisiert. Er bezeichnet den Klimarappen als «*politisch höchst fragwürdig, weil die Erdöl- und Autolobby damit über die Köpfe der BürgerInnen hinweg den Sinn des demokratisch entstandenen CO₂-Gesetzes unterläuft*». Für Imboden ist klar: «*Die Initianten des Klimarapps wollen die CO₂-Abgabe verhindern*». Das Lobbying der Erdölvereinigung hat ihr erstes Ziel erreicht. Das zweite Ziel dürfte nun der Abschluss der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe sein. Mit einem Umstand hat aber niemand gerechnet, nämlich dass ausgerechnet der Hurrikan Katrina, welcher ja eine Folge des zu billigen Benzins und Kerosins ist, genau das erreicht hat, was das CO₂-Gesetz forderte: Die massive Erhöhung des Benzinpreises. Nur mit dem Unterschied, dass nun die Mehrerträge in die Kassen der Erdölmultis und deren Aktionäre fliessen, statt über die Abzüge bei der Krankenkassenrechnung in unser aller Taschen!



Den Bock zum Gärtner gemacht: Leuenberger, Steinmann und Roch (v.l.n.r.) übergaben die Klimapolitik vertrauensvoll in die Hände von Erdöllobbyist Rolf Hartl (ganz rechts).

Brief aus Bern

Walliser Parlamentarier spielen nur noch Katzenmusik

Die Walliser Parlamentarier in Bern bringen nur noch Katzenmusik zustande. Ihr Einfluss ist gering, ihre Präsenz in den wichtigen Debatten kaum wahrnehmbar. Nicht einmal in den brennenden Fragen der Rand- und Bergebietspolitik vertreten sie erkennbar die Interessen des Wallis.



Christophe Darbellay

Er muss in der weiter nach rechts driftenden CVP ständig Kompromisse machen. Von seinen Wurzeln im christlichsozialen Darbellay-Clan ist immer weniger zu sehen. Der Tierarzt-Direktor doktort schwer an seiner Karriere. Sein nächstes Ziel: Walliser Staatsrat – als Nachfolger von Jean-Jacques Rey Bellet.



Jean-Noël Rey

Er hat in der SP zwar überraschend gut Tritt gefasst, debattiert parteiintern in den Wirtschafts- und Finanzfragen massgebend mit und ist mit 50 Eingaben in knapp zwei Jahren der ungekrönte Vorstosskönig. Doch einer wie er, der als ehemaliger Bundesratsberater von Otto Stich und Ex-Post-Chef den Bundeshausladen bis in alle Winkel kennt, müsste mehr Durchschlagskraft entwickeln. Rey's Problem: Er tanzt auf zu vielen Hochzeiten – auch auf bürgerlichen. Und klebt zudem zu sehr im Mittelwalliser Filz fest.



Oskar Freysinger

Der SVP-Mann spielt in Bern den rechten Clown, surft brav mit dem Zürcher Flügel gegen alles, was offen, liberal und sozial ist. Als Dank dafür darf er in der Westschweiz als «nützlicher Idiot» der grosse Wortführer der EU- und Fremdengegner sein. Einfluss in der Partei hat Freysinger keinen. Nicht ein einziges Mal hat er die SVP bisher dazu gebracht, auch einmal für die Randregionen etwas zu tun.



Stéphane Rossini

Der SP-Nationalrat ist eigentlich unser bester Vertreter in Bern: Sozialpolitisch zuverlässig, dossierfest und absolut kompetent in allen Fragen wie der AHV, der IV und der Krankenversicherung. Doch Rossini ist mehr Professor als Politiker. Und er hat ein Problem: Er kann zu wenig gut deutsch, um national eine Figur zu sein. Genosse Stéphane, sofort in den Sprachkurs! Denn auch als künftiger Staatsrat wären Deutschkenntnisse von Vorteil.



Rolf Escher

Der Briger CVP-Ständerat ist die grosse Nullnummer in der kleinen Kammer. Meistens ist er mit den rechten Sozialabbauern in seiner Partei unterwegs – im Schlafwagen. Die Dossier interessieren Escher nicht. Nicht einmal die *Rote Anneliese* liest er zwecks Weiterbildung. Seit seiner Wahl 1999 hats Escher gerade mal auf vier Vorstösse im Ständerat gebracht: Auf drei Interpellation und eine Anfrage. Fauler geht's nicht.



Simon Epiney

Ehrlich gesagt: Der welsche CVP-Ständerat kommt etwas schlecht weg, hat in den Kommissionen in jedem Fall mehr Einfluss als Faulpelz Escher. Alle rechnen mit Epiney's Rücktritt im Jahr 2007. Doch der denkt (noch) nicht daran: Er möchte nämlich in der nächsten Legislaturperiode noch unbedingt Ständeratspräsident werden.



Jean-René Germanier

Der freisinnige Wein-Direktor und Couchepin-Freund politisiert in Bern weinselig: Die meisten seiner Vorstösse bewegen sich im Promillebereich von Wein, Spirituosen, Alkoholsteuer und Alkoholverwaltung. Kurzum: Der letzte FDP-Mann politisiert alles andere als berauschend. Ein Blackout.



Maurice Chevrier

Der CVP-Nationalrat aus der Heimat der Eringer Kühe ist seit Jahren unser sicherster Wert in Bern – konstant unerkant auf der Hinterbank. Seine letzten drei Vorstösse galten: Dem radikalen Islamismus, der Dynamisierung des ländlichen Raumes und dem Bandenunwesen. Einmal nur sorgte Chevrier wenigstens für ein bisschen Aufsehen: Als er sich als Bewunderer des lateinamerikanischen Revolutionärs Che Guevara outete. Ganz hoffnungslos ist der Fall doch nicht.



Viola Amherd

Die Briger CVP-Präsidentin sitzt erst seit Juni im Nationalrat. Für ein Urteil ist es noch zu früh. Wenn sie in Bern aber so politisiert wie im Stoccalperschloss, dann sehen wir schwarz für Maurice Chevrier: Der wird am Ende noch sein Schlusslicht los.

von Norma Schwarzen

Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp

Die Promotoren machen Druck auf die Schutzverträge

NATERS – Die Promotoren der Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp haben die umweltrechtliche Seite ihrer Traumbahn nicht im Detail abgeklärt, bevor sie das Vorprojekt im Frühjahr in Bern eingereicht haben. Erst als die Rote Anneliese und der WWF entsprechende Fragen aufwarfen, haben sie sich bei den Gemeinden Naters und Ried-Mörel näher erkundigt. Den Druckversuchen auf die Schutzverträge hat die Gemeinde Naters vorerst widerstanden. Der Pioniergeist der Promotoren erlitt einen weiteren Dämpfer.

Von Kurt Marti

Im Juni haben die Promotoren der Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp eine Vorstudie beim Bundesamt für Verkehr (BAV) eingereicht, ohne dass sie genauere umweltrechtliche Abklärungen über die Schutzbestimmungen des Aletschgebietes getroffen haben. Wie mehrere, gut informierte Personen bestätigen, haben die Promotoren erst Mitte Juli entsprechende Fragen an die Verantwortlichen der Gemeinden Naters und Ried-Mörel gestellt. Insbesondere wollten die Promotoren nachträglich wissen, ob die Schutzzonen überhaupt rechtskräftig ausgeschieden und homologiert wurden. Was die RA bereits Anfang Jahr berichtete, mussten die Promotoren nun auch von der Gemeinde Naters zähneknirschend zur Kenntnis nehmen: Die Schutzzone zur Abgeltung der entgangenen Wasserzinsen ist rechtskräftig

im kommunalen Baureglement aufgenommen. Die entsprechende Reglementsänderung und der Vertrag wurde im Frühjahr 2001 öffentlich aufgelegt und von der Urversammlung ohne Gegenstimme angenommen. Im Vertrag wird der Bau einer Seilbahn über das Schutzgebiet explizit ausgeschlossen. Es bleibt unerklärlich, wieso die Promotoren solche minimalen Abklärungen nicht vor der Eingabe des Vorprojekts ans BAV gemacht haben.

Vorprojekt blieb anderthalb Monate auf Bass-Büro liegen

Wie die RA weiter erfahren hat, ist die Kommunikation zwischen der Gemeinde Naters und den Promotoren auch sonst nicht die allerbeste. So soll das Dossier des Vorprojektes ganze anderthalb Monate, von Anfang Juni bis Mitte Juli, auf dem Büro der

Albert Bass Treuhand und Revisions AG in Naters geschlummert haben, bis Promotor Bass auf die Idee kam, das Dossier doch per Post an die Gemeinde zu schicken. Dabei soll er die Gemeinde gerüffelt haben, dass sie seiner schriftlichen Anweisung, das Dossier bei ihm abzuholen, nicht schnurstracks Folge geleistet habe. Die Gemeinde Naters hingegen wusste von einer solchen schriftlichen Meldung gar nichts und forderte Bass und die Promotoren auf, ihre Eingaben doch in Zukunft per Post zu schicken, wie dies allgemein üblich sei.

Wie gut informierte Kreise weiter bestätigen, machten die Promotoren mit einem gezielten Fragekatalog an die Gemeinden Naters und Ried-Mörel Druck auf die Abgeltungsverträge der Wasserkraft, welche der Gemeinde Naters jährlich rund 270000 Fran-

Die Promotoren

- **Albert Bass**, VR-Präsident der Aletsch-Riederalp-Bahnen
- **Erich Pfaffen**, VR-Präsident der Belalp-Bahnen
- **Odilo Guntern**, VR-Mitglied der Aletsch-Riederalp-Bahnen
- **Gregor Furrer**, VR-Mitglied der Aletsch-Riederalp-Bahnen
- **Konrad Salzmann**, VR-Mitglied der Belalp-Bahnen

Die Planer

- **Imoberdorf Willy**
- **Dominik Michlig**
- **Claude-Alain Schmidhalter**

ken, der Gemeinde Ried-Mörel rund 25000 Franken und dem Kanton Wallis rund 430000 Franken einbringen. Die konkrete Frage nach einer

Aufhebung des Vertrages, hat die Gemeinde Naters offenbar nicht beantwortet, mit der Begründung, zuerst wolle man das Vorprojekt studieren.



Naters: Lange Leitung zwischen dem Junkerhof und der Bahnhofstrasse 6

Wer soll das bezahlen?

Eine Verbindungsbahn zwischen Belalp-Riederalp wird 20 bis 30 Millionen kosten. Woher dieses Geld kommen soll, ist nicht bekannt, obwohl die Promotoren erklären: Das ist das kleinste Problem! Die Realität sieht jedoch anders aus. Die Belalp-Bahnen sind arg in finanziellen Nöten. Vor Monaten gingen gar Konkursgerüchte herum. Die schwarz-gelbe Allianz hat im Blattnerhof rund 7 Millionen vernichtet. Der Sparrhorn-Lift müsste durch eine Sesselbahn ersetzt werden. Eine neue Zubringer-Bahn wurde schon in den 90-er Jahren diskutiert. Doch für alles fehlt das Geld. Deshalb greift der Verwaltungsrat nun zu einer grossen Bettelaktion in der Bevölkerung. Wieso die Compagnie des Alpes plötzlich ausgestiegen ist, bleibt nach wie vor ein Rätsel. Dabei arbeiten Albert Bass bei den Aletsch-Riederalp-Bahnen und der Belalp-Bahnen-Revisor Klaus Zurschmitten bei den Bergbahnen Saas-Fee eng mit den Franzosen zusammen.

- **Gegen den Kauf von Rüstungsgütern aus Israel**
- **Für ein Rüstungsmoratorium im Nahen Osten**

Menschenrechte werden mit Füßen getreten

BERN/NAHER OSTEN – **Trotz Rückzug aus Gaza verstösst Israel mit dem Bau der Mauer weiterhin gegen internationales Völkerrecht. Trotzdem will der Bundesrat von Israel Rüstungsgüter für 150 Millionen Franken kaufen und verspielt damit die Glaubwürdigkeit seiner Aussenpolitik. Eine Petition fordert ein sofortiges Rüstungsmoratorium für die Staaten, welche in den Nahostkonflikt verwickelt sind.**

Von **Madeleine Kuonen-Eggo***

Die in der letzten Zeit eingetretene Abnahme der Gewaltakte und der Rückzug aus Gaza können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten dauernd verschlechtert. Durch die Vergrößerung der israelischen Siedlungen und den Weiterbau der Mauer verletzt der israelische Staat weiterhin die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und verstösst gegen internationales Recht. Die Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 fordert Israel dazu auf, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Sie fordert zudem von allen Konfliktparteien, die Souveränität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu respektieren. Ausserdem werden in den meisten arabischen Staaten elementare Menschenrechte noch immer mit Füßen getreten. Insbesondere die Meinungsfreiheit ist nicht gewährleistet, und willkürliche Verhaftungen von gewaltlosen politischen Oppositionellen sind an der Ta-

gesordnung, Folter und unmenschliche Behandlung sind in der gesamten Region weit verbreitet.

Der Bau der Mauer verstösst gegen das Völkerrecht

Nach einer Phase relativer Zurückhaltung in der Rüstungszusammenarbeit mit Israel hat der Bundesrat beschlossen, Rüstungsgüter für 150 Millionen Franken aus Israel in das Rüstungsprogramm 2005 aufzunehmen. Indem er so handelt, gefährdet er die Glaubwürdigkeit seiner Aussenpolitik. Mit der geplanten Wiederaufnahme von Rüstungskäufen verbaut sich der Bundesrat zwei Handlungsspielräume: Erstens verspielt er bei jenen seine Glaubwürdigkeit, deren Genfer Initiative er auf der internationalen Bühne unterstützt. Israelische und palästinensische Partner vermögen den bundesrätlichen Zweckoptimismus nicht zu teilen. Zweitens scheint die Schweiz für eine Normalisierung der Beziehungen keine Minimalbedingungen in Richtung Genfer Initiative zu setzen. So erodiert die Friedenspolitik. Der Internationale Gerichtshof urteilte, mit Unterstützung der Schweiz, dass alle Staaten verpflichtet sind, «die durch den Bau der Mau-

er entstandene illegale Situation nicht anzuerkennen und zur Aufrechterhaltung der durch diese Konstruktion geschaffenen Situation keine Hilfe oder Unterstützung zu leisten» und dass alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention vom 12. August 1949 zusätzlich die Verpflichtung haben – in Respektierung der UNO-

Charta und des Völkerrechts – sicherzustellen, dass Israel das internationale humanitäre Recht einhält, wie es in dieser Konvention festgelegt ist.

Unglaubliche Aussenpolitik des Bundesrates

Das Engagement der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen für die Einhaltung des Völkerrechts ist weder authentisch noch glaubwürdig, solange sie ihre Zusammenarbeit im militärischen Bereich (Produktion und Kauf von Rüstungsgütern, Besuch hochrangiger Delegationen, Geheimdienst) mit der Armee und der militärischen Industrie eines Staates

fortsetzt, der systematisch gegen bestehendes Völkerrecht verstösst. Aus diesen Gründen verlangt eine Petition ein sofortiges Moratorium in der Zusammenarbeit mit den Rüstungsindustrien, den Armeen und den Geheimdiensten aller im Nahostkonflikt involvierter Länder. Insbesondere wird verlangt, dass der Bundesrat und das Parlament auf den Kauf der im Rüstungsprogramm 2005 enthaltenen Rüstungsgüter im Wert von 150 Millionen Franken aus Israel verzichten. Als ersten Erfolg des öffentlichen Druckes hat der Bundesrat im August beschlossen, auf den Export von Schützenpanzern in den Irak vorläufig zu verzichten.



Bau der Mauer: Verstoss gegen die Rechte der palästinensischen Bevölkerung und gegen internationales Recht.

* Menschenrechtsbeobachterin Frühjahr 2004 in Palästina / Israel im Auftrag von Peace Watch Switzerland.

Attacke auf die Komplementärmedizin:

- **Bundesrat Couchepin wirft Komplementärmedizin raus**
- **Doch eine noch nicht veröffentlichte Studie zeigt klar:**

Vier von fünf PatientInnen sagen: Homöopathie wirkt!

BERN – **Über 80 Prozent der PatientInnen sagen, dass die Homöopathie wirkt. Das geht aus einer noch nicht veröffentlichten Studie des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hervor. Trotzdem hat Bundesrat Pascal Couchepin im Juni 2005 die Komplementärmedizin aus der Grundversicherung der Krankenkassen gestrichen. Auf Druck gewisser Kreise der medizinischen Fakultäten.**

Von **Hanna Schnyder-Etienne***

Zur Komplementärmedizin gehören die Homöopathie, die Antroposophische Medizin, die Neuraltherapie, die Phytotherapie und die Traditionelle Chinesische Medizin. Die damalige Bundesrätin Ruth Dreifuss liess unter Mitwirkung von nationalen und internationalen Fachexperten ein Programm zur Evaluation der Komplementärmedizin (PEK) erarbeiten. Darin sollte deren Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Im Rahmen des PEK wurden in einer aufwändigen Studie schulmedizinische mit homöopathisch geführten Praxen verglichen. Die PEK-Studie kam zum Schluss, dass die homöopathisch behandelten PatientInnen, welche durchschnittlich schwerer und chronischer krank waren, mit ihren ÄrztInnen zufriedener waren und unter weniger Nebenwirkungen litten.

* Dr. med. Hanna Schnyder-Etienne, Fachärztin für Allgemeine Medizin FMH, Ärztin für klassische Homöopathie SVHA

Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit bestätigt

Daneben wurde eine zweite Studie durchgeführt, eine sehr detaillierte Gesamtanalyse der Homöopathie als Behandlungsmethode (Health Technology Assessment). Dieser 320 Seiten umfassende bis jetzt unveröffentlichte Bericht beinhaltet u.a. eine sehr weitläufige Literaturrecherche. Die Schlussfolgerungen sind sehr positiv für die Homöopathie: 82% der befragten PatientInnen waren von der Wirksamkeit der Homöopathie überzeugt und gaben an, dass die Therapie eine Verbesserung ihres Gesundheitszustandes ergeben hatte. 85% der Bevölkerung wünschen einen Verbleib der Komplementärmedizin in der Grundversicherung der Krankenkassen und über 50% der Bevölkerung würden ein alternativ-medizinisches Spital vorziehen. Die Homöopathie-Studie kommt zum Schluss: «Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es ausreichend Belege für eine präklinische Wirkung und kli-

nische Wirksamkeit gibt, und dass sie absolut und insbesondere im Vergleich zu konventionellen Therapien eine sichere und kostengünstige Intervention darstellt.»

Egger-Studie: Homöopathie gleich Placebo

Trotz der positiven Studienergebnisse hat Bundesrat Pascal Couchepin anfangs Juni 2005 entschieden, dass die Komplementärmedizin aus der Grundversicherung der Krankenkassen gestrichen wird. Das Lobbying gewisser Kreise der Medizinischen Fakultäten und der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften zeigte Wirkung. Offenbar hatte sich Bundesrat Couchepin vor allem auf eine weitere Studie von Professor Matthias Egger vom Sozialmedizinischen Institut in Bern gestützt, welche zusätzlich von den BAG-Verantwortlichen in Auftrag gegeben und auch im Rahmen des PEK mitfinanziert wurde. Professor Egger veröffentlichte als Nicht-Fachexperte



Bundesrat Couchepin: Die positiven Resultate der eigenen Studien nicht beachtet.

eine Metaanalyse über Studien der Homöopathie ohne Fachexperten dieser Richtung zu begrüssen (eine Metaanalyse ist eine Übersichtsanalyse von verschiedenen bereits bestehenden Studien). In einer für die Komplementärmediziner unerwarteten Pressemitteilung liess Professor Egger während der laufenden PEK-Studie im August 2003 verlauten, die Homöopathie wirke nicht besser als ein Scheinmedikament (Placebo). Diese Mitteilung wurde in der Presse breit diskutiert und verursachte eine grosse Verunsicherung und Vorverurteilung!

Gravierende, wissenschaftliche Fehler

Erst zehn Monate später konnten die Fachexperten der Homöopathie erstmals Einblick in die Metaanalyse nehmen. Sie

stellten dabei fest, dass fast ausschliesslich Studien für diese Analyse ausgewählt wurden, welche die Grundgesetze der Homöopathie nicht einhalten. Es wurde z.B. eine Studie (Attena et al.) gewählt, wo 1595 Patienten zur Therapie und Prävention der Grippe das homöopathische Mittel Oscillo-coccinum C200 gegeben wurde. Jeder interessierte Laie der Homöopathie weiss, dass ein solches Handeln nicht den Regeln der klassischen Homöopathie entspricht. Diese Mittelwahl muss individuell und auf den einzelnen Patienten abgestimmt erfolgen. Sonst kann eine klassische homöopathische Therapie nicht erfolgreich sein. Für die ÄrztInnen der Homöopathie ist es wissenschaftlich absolut unzulässig, aufgrund derartiger Studien die Wirksamkeit der Homöopathie belegen zu wollen.



Dicke Eier



Zurschmittens gegen Furrer

Endlich einmal ein gepflegter WB-Leserbrief, der die Ton-Art von Art Furrer exakt getroffen hat und dann krebst der Autor mit einer nachträglichen Entschuldigung zurück. Stefan Zurschmittens, Vorstandsmitglied von Pro Natura Wallis, hatte dem Wort-Akrobaten Furrer in einem WB-Leserbrief «Armer Arthur» tüchtig die Leviten gelesen. Vorgängig hatte Furrer in seiner Kolumne behauptet, die Umweltverbände würden für ihre Einsparungen vom Steuerzahler bezahlt. Der Rückzieher Zurschmittens blieb zunächst ein grosses Rätsel,

bis ein näherer Blick auf die Familien- und Geschäftszusammenhänge mehr Licht in die Sache brachte: Stefan Zurschmittens Brüder Beat und Martin arbeiten für die National Versicherung und sein Bruder Klaus ist Treuhänder und Seilbahnberater.

Furger sorgt vor

Bei Seilbahnsanierungen hat Peter Furger grossen Ruhm und lukrative Mandate eingeholt. Damit hat sich der Kreislauf geschlossen, welcher vor 25 Jahren mit dem Seilbahnpromotor Furger seinen Anfang nahm. Und getreu der buddhistischen Lehre der ewigen Wiederkehr des Gleichen arbeitet Furgers

Beratungs-Büro ARW bereits an der Zukunft. Furgers Mitarbeiter Andreas Zenhäusern hat nämlich eine Studie zum Sidelhornprojekt erarbeitet und kommt – wie Furger vor 25 Jahren – zu einem positiven Schluss.

Pascal Grichting: Frauen-Probleme

Der gelbe Leukerbadner Gemeinderat und Schulpräsident Pascal Grichting hat Probleme mit den Frauen der Schulkommission. Die vier Frauen der Schulkommission haben ihr Amt per Ende Schuljahr 2004/2005 niedergelegt. In einem Brief an Grichting schreiben sie, dass sie sich

«vom Gemeinderat Leukerbad sowie von Ihnen Herr Grichting in keiner Weise respektiert und bestätigt fühlen.» Die Frauen betonen, dass sie klare Aufgaben gestellt haben, «die vom Gemeinderat und vor allem von Ihnen Herr Grichting als Schulpräsident nicht erledigt wurden. Weiter haben wir bis dato auf unsere Fragen keine Antworten erhalten.»

Schon wieder: Die Wirtschaftsförderung fördern!

Ende der 90-er Jahre mussten die Walliser Wirtschaftsförderer ganz herbe Hiebe einstecken. Es hiess, sie hätten vor allem sich

selbst gefördert. Dann kam das neue Gesetz zur Wirtschaftsförderung und ein kunstvolles Organigramm wurde erstellt und in die Praxis umgesetzt. Alles lief nach Plan. So war der Laie hochherstaut, als Staatsrat Jean-Michel Cina bereits nach 100 Tagen im Amt erklärte, die Wirtschaftsförderung müsse restrukturiert werden. Für die Leute in der Wirtschaft allerdings war das nichts Neues. Demnächst dürfen wir mit einem neuen Gesetz rechnen und der Kreislauf der Förderung der Wirtschaftsförderer beginnt von vorne. Aber es muss wirklich nicht alles rentieren.

Widerspruch: Europa sozial

Die Zukunft des EU-Verfassungsvertrags ist nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden ungewiss. Das ordoliberalen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das den Geist der europäischen Verfassung prägt, hat in Deutschland, so **Herbert Schui**, auch in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften seine Suggestivkraft. Die EU wird die wirtschaftlichen Ziele des Lissabon-Prozesses bis 2010 nie erreichen. **Klaus Dräger** hält deshalb die Alternative einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie für dringend notwendig; und **Markus Wissen** zeigt auf, wie die europäische Wettbewerbsstaatlichkeit die neoliberale Restrukturierung vorantreibt.

Aus der Gleichstellungsperspektive genügen die EU-Beschäftigungsziele nicht einer Geschlechterpolitik am Arbeitsmarkt, wie **Petra Beckmann** resümiert. Während **Stephanie Steinmetz** die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation im europä-

ischen Vergleich unter die Lupe nimmt, plädiert **Natalie Imboden** hinsichtlich der Frauenlöhne für eine Doppelstrategie von Mindestlohn- und Lohngleichheitspolitik. Die prekarierte Arbeit immigrierter Frauen im postkolonialen Europa rückt **Encarnación Gutiérrez Rodríguez** ins Zentrum ihrer Analyse.

Tony Blairs Modernisierung des europäischen Sozialmodells wird nicht aus der Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaats führen. **Michael R. Krätke** und **André Brie** schlagen zur Verteidigung und Erneuerung des europäischen Sozialstaats differenzierte Gegenmodelle vor. **Gian Trepp** denkt über die Schweiz im europäischen Finanzraum, linke Finanzpolitik und Sozialkapitalismus nach.

Wenn auch seit dem Irakkrieg 2003 Europa auf dem Feld der Aussenpolitik gespalten ist, so fördert die EU nach **Martin Beckmann** und **Hans-Jürgen Bieling** die

Globalisierungsdynamik stärker denn je; konfliktreich etwa in der Agrarpolitik mit den Entwicklungsländern, wie **Susanne Schunter-Kleemann** ausführt. **Hannes Hofbauer** berichtet von den Gewinnern und Verlierern der expansiven EU-Osterweiterung: Kerneuropa und seine Peripherie.

Nach den von den Gewerkschaften ausgehandelten flankierenden Schutzmassnahmen gegen Sozialdumping und Lohndruck, so **Hans Baumann**, überwiegen beim Abkommen mit der EU zur erweiterten Personenfreizügigkeit die Vorteile. Hingegen war die Schengen/Dublin-Abstimmung in der Schweiz, so das Fazit von **Balthasar Glättli** und **Heiner Busch**, eine Niederlage für die Grundrechte. **Stefan Luzi** und **Josef Lang** beobachten eine fortschreitende Militarisierung der EU und sehen den Kleinstaat Schweiz sicherheitspolitisch am Scheideweg: militärischer Interventionismus oder Beitrag zur Zivilisierung internationaler Politik.



WIDERSPRUCH 48: Europa sozial

264 Seiten, Fr. 25.– / EUR 16.–,

erhältlich im Buchhandel oder bei: WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich Tel./Fax 0041 (0)44 273 03 02, vertrieb@widerspruch.ch

Bezirksgericht Leuk: Vom anfänglichen Mut verlassen!

Im Zweifel gegen den Angeklagten

LEUK – Im Frühjahr hat das Leuker Bezirksgericht Mut bewiesen und den CSPO-Fraktionspräsidenten Gilbert Loretan wegen Ehrverletzung verurteilt und Ilir Baruti, welcher aus dem Kosovo stammt, von der Anklage der Tötlichkeit gegenüber Loretan freigesprochen. Doch jetzt bekam das Gericht offenbar kalte Füsse und verurteilte Baruti in einem anderen Fall wegen einfacher Körperverletzung, nach dem Prinzip: «Im Zweifel gegen den Angeklagten».

Von Kurt Marti

Im Mai 2003 wurde B.W. in Leukerbad auf offener Strasse mit einem Faustschlag niedergeschlagen, wobei er einen Nasenbeinbruch erlitt. Zum Zeitpunkt der Tötlichkeit hielt er eine Kiste Wein in den Händen, welche zu Boden fiel, wobei sehr wahrscheinlich ein Teil der Flaschen in Brüche ging. Blutend am Boden rief er seine Frau mit den Worten zu Hilfe: «Baruti hat mich geschlagen.» B.W. reichte darauf Strafanzeige gegen Ilir Baruti ein. Inzwischen ist B.W. – aus einem anderen Grund – verstorben, doch seine Erben haben die Strafklage aufrecht erhalten, sodass es im Juni zur Gerichtsverhandlung kam. Dabei sprach das Bezirksgericht Leuk Baruti der einfachen Körperverletzung schuldig und verurteilte ihn zu 10 Tagen Gefängnis bedingt.

Für die Tat gibt es keine Zeugen

Baruti behauptete, er sei während der Tatzeit zu Hause gewesen und folglich könne er nicht der Täter sein. Zudem kann Baruti ein ärztliches Zeugnis vorweisen, aus dem klar hervorgeht, dass er am Tag nach der Tat keine Blutergüsse oder Kratzspuren im Bereich der Hände aufgewie-

sen hat, was ja bei einem solch starken Faustschlag unweigerlich der Fall gewesen wäre. Bezirksrichter-Substitut Uli Kalbermatten schenkte Barutis Aussagen keinen Glauben, liess in seinem Urteil das ärztliche Zeugnis unerwähnt und verurteilte ihn unter Verletzung des Grundsatzes «in dubio pro reo» (im Zweifel für den Angeklagten), wie es in der Berufungserklärung des Rechtsanwaltes von Baruti ans Kantonsgericht heisst. Tatsächlich haben keine Zeugen gesehen, dass Baruti das Opfer niedergeschlagen hätte. Folglich musste sich das Gericht auf Aussagen von Zeugen abstützen, welche widersprüchlich sind: So haben die einen gesehen, dass ein Mann mit schwarzem T-Shirt weggelaufen sei, die anderen sagen das T-Shirt sei gelb gewesen, wieder andere behaupten, es sei ein schwarzes T-Shirt mit gelber Aufschrift gewesen.

Zeitangaben differieren um eine halbe Stunde

Auffallend ist auch, dass die Kiste Wein, welche auf die Strasse fiel, plötzlich verschwunden war. Weder das Opfer, noch die Zeugen, noch der Richter erwähnen je, was mit der Kiste Wein passiert ist. Es ist anzunehmen, dass beim

Fall einige Flaschen in Brüche gingen und der Wein auslief. Davon ist in den Gerichtsunterlagen nirgends die Rede. Auch die zeitlichen Angaben des Opfers und der Zeugen differieren um rund eine halbe Stunde. B.W. und seine Frau behaupten, B.W. sei «gegen 13.35 Uhr» beziehungsweise «gegen 13.30 Uhr», also zwischen 13.25 Uhr und 13.35 Uhr mit dem Auto zum Tatort gefahren. Das Gericht machte daraus grosszügig «zwischen 13.30 und 13.40 Uhr» und eine Drittperson erklärte, B.W. sei rund eine halbe Stunde später, also gegen 14.00 Uhr zum Tatort gefahren. Nachher habe sie gesehen, wie Baruti eiligen Schrittes zu seinem Arbeitsort im Burgerbad gelaufen sei. Baruti erklärte, er sei von 13.30 Uhr bis nach 14.00 Uhr am Mittagessen zu Hause gewesen, was seine Frau bezeugen könne.

Richter hat die Zeitangaben zurechtgebogen

Die Tatzeit muss laut Aussagen des Opfers und seiner Frau zwischen 13.30 Uhr und 13.40 Uhr liegen. Folglich konnte es zeitlich nicht Baruti gewesen sein. Damit die Tatzeit jedoch mit Barutis Aussagen übereinstimmte, liess das Gericht die Zeitangabe des Opfers



Bezirksgericht Leuk: Die Beweisführung ist noch verbesserungsfähig.

und seiner Frau ausser Betracht und übernahm die Aussage der Drittperson, welche die Zeit um 14.00 Uhr erwähnte. Im Urteil schreibt das Gericht, dass die Aussagen der Drittperson mit den Aussagen von B.W. und seiner Frau übereinstimmen – «abgesehen von der Differenz in der Zeitangabe» von einer halben Stunde! Aber auch die Zeugenaussagen über den flüchtenden Täter hat das Gericht faktenwidrig dargestellt, wenn es behauptet, dass weitere drei Zeuginnen gesehen hätten, dass Baruti vom Tatort weg-

gelaufen sei. Denn nur die Frau des Opfers hatte behauptet, Baruti sei vom Tatort weggelaufen. Die anderen beiden Zeuginnen hatten den Täter nicht erkannt. Fazit: Für die Tat gibt es keine Zeugen und die Zeugenaussagen sind in Bezug auf die Zeit und die Personenbeschreibung widersprüchlich. Das Bezirksgericht Leuk ist folglich vom Prinzip: Im Zweifel gegen den Angeklagten ausgegangen und hat Baruti verurteilt. Zur Freude wohl von Gilbert Loretan und seinen gelben Freunden.

Weltfrauenmarsch: 8. März bis 17. Oktober 2005

Weltcharta der Frauen für die Menschheit

Bereits zum zweiten Mal organisieren Frauenorganisationen aus der ganzen Welt einen Weltfrauenmarsch «Marche Mondiale des femmes». Der Weltfrauenmarsch ist ein weltweites Aktionsnetzwerk von Frauen. Gemeinsam kämpfen sie gegen die Diskriminierung von Frauen. Für den zweiten Weltfrauenmarsch wurde eine «Weltcharta der Frauen für die Menschheit» lanciert, welche im Dezember in Ruanda verabschiedet wird.

Von Judith Venetz*

Die Idee, im Jahr 2005 einen Weltmarsch der Frauen zu veranstalten, wurde aus der Erfahrung des Frauenmarsches «Brot und Rosen» gegen Armut geboren, der 1995 in Quebec stattfand. Dieser Marsch, der von der Fédération des femmes du Québec ins Leben gerufen wurde, war ein riesiger Erfolg. 15000 Menschen begrüßten die 850 Frauen, die an diesem zehntägigen Marsch teilnahmen, um neun mit wirtschaftlicher Gerechtigkeit zusammenhängende Forderungen durchzusetzen. Die gesamte Frauenbewegung machte für den Marsch mobil, und dasselbe traf für viele andere Teile der Bevölkerung zu.

200 Frauen-gruppierungen aus der Schweiz

Die Weltfrauenkonferenz in Peking aus dem Jahr 2000 hat die Idee eines Frauenmarsches aufgenommen und umgesetzt. Bereits im Jahr 2000

waren gegen 6000 Gruppierungen in 163 Ländern aktiv, auf der Basis einer gemeinsamen Forderungsplattform. Dem Weltfrauenmarsch liegen folgende Organisationsprinzipien zu Grunde: Teilnehmende Gruppierungen schliessen sich der internationalen Forderungsplattform an, sind jedoch autonom in der Durchführung ihrer Aktionen. In der Schweiz beteiligten sich im Jahr 2000 mehr als 200 Frauengruppierungen an der «Marche mondiale des femmes». Während 8 Monaten führten sie lokale, regionale und nationale Aktionen durch (Seminare, Flugblattaktionen, Strassentheater, Wandzeitungen, Wanderausstellung). Im Januar 2001 wurde die schweizerische Forderungsplattform dem Bundesrat überreicht. Für die Durchführung der nationalen Aktivitäten und die Formulierung der Plattform schlossen sich die Frauengruppierungen zur Schweizer Koordination «Marche mondiale des femmes» zusammen.

Weltcharta der Frauen für eine gerechte Welt

Die «Marche mondiale des femmes» mobilisiert im Jahr 2005 mit einem ambitionierten Projekt, mit dem sie zur Veränderung der Welt beitragen will: «Weltcharta der Frauen für die Menschheit». Die Charta soll die Vorstellung einer gleichberechtigten Weltgesellschaft sichtbar machen und eine Debatte mit jenen ermöglichen, die diese Ziele teilen. Die Charta wird ein Produkt eines langen Konsultationsprozesses sein, an dem sich alle der «Marche mondiale des femmes» verpflichteten Gruppen beteiligen. Die Charta wird am 10. Dezember 2005 am 5. Internationalen Treffen der «Marche mondiale des femmes» in Ruanda verabschiedet. Im Zentrum der Charta stehen die Werte Gleichberechtigung, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.

* Präsidentin des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes und Unia-Sekretärin

Frauenzitatweg in Unterbäch

Die Forderungen gegen Armut und Gewalt, für Gerechtigkeit und Frieden wurden bereits im Juni 2005 veröffentlicht. Das Oberwalliser Komitee «Weltfrauenmarsch 2005» hat den Forderungskatalog beim Frauenzitatweg in Unterbäch angebracht. Ein Gästebuch wurde speziell für diesen Sommer und für die «Marche Mondiale des femmes» aufgelegt. Alle Vorbeiziehenden haben die Möglichkeit Gedanken, Visionen und Forderungen im Buch einzutragen.



Die Forderungen der Weltcharta der Frauen

Gegen Armut:

- Arbeit für alle und gerechte Löhne
- mehr Menschlichkeit, statt kapitalistischem Gewinnstreben
- gegen überbrissene und unanständige Managerlöhne
- Steuergerechtigkeit
- Recht auf Gesundheit – keine Zweiklassenmedizin

Gegen Gewalt:

- gegen sexistische und rassistische Diskriminierung
- gegen jede Form von verbaler und körperlicher Gewalt in Ehe und Partnerschaft
- gegen Kinder- und Frauenhandel
- gegen Diskriminierung von Mädchen und Frauen auf der ganzen Welt
- gegen sexuelle Belästigung, physische und psychische Gewalt am Arbeitsplatz
- gegen sexuelle Verstümmelung, Zwangsheirat und Rassismus

Für Gerechtigkeit:

- gleicher Lohn für Frau und Mann
- gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit
- Recht auf qualitativ hochwertige berufliche Aus- und Weiterbildung
- gleichberechtigte Frauenvertretung in Politik, Beruf und Medien

Für Frieden:

- mehr Geld für Friedensprojekte
- kein Geld für Krieg
- Verbot von Waffenverkauf
- angstfrei leben können
- Recht auf eine eigenständige Lebensweise
- Schuldenerlass für alle Länder der Dritten Welt
- Nein zur Ausgrenzung von MigrantInnen

Weltfrauenmarsch – Marche mondiale des femmes

Vom 8. März 2005 bis zum 17. Oktober 2005 durchquert die «Weltcharta der Frauen für die Menschheit» alle Weltregionen. Der Start war in Brasilien und der Marsch endet am 17. Oktober in Burkina Faso. Im Zentrum der Charta stehen die Werte Gleichberechtigung, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.

Weltweit werden am 17. Oktober 2005 zwischen 12.00 Uhr und 13.00 Uhr (zeitverschoben) Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Im Kanton Wallis vereinen sich am 17. Oktober Ober- und Unterwalliser Frauenorganisationen auf der Planta in Sitten. Ab 11.30 Uhr sorgen Tanz- und Musikgruppen aus verschiedenen Ländern für Unterhaltung. Eine kurze Theateraufführung wurde speziell für den Aktionstag inszeniert. Politikerinnen aus beiden Kantonsteilen werden in einem Kurzpodium ihren Anliegen, Wünschen und Hoffnungen eine Stimme geben.

Wussten Sie schon, dass...?

...der Briger Betreibungsbeamte Paul-Bernhard Bayard noch diesen Herbst vor dem Bezirksrichter antraben muss?



Staatsanwalt Martin Arnold

Staatsanwalt Martin Arnold hat die Anklageschrift gegen Paul-Bernhard Bayard beim Bezirksgericht Brig eingereicht. Dies bestätigte der zuständige Bezirksrichter Philipp Näppli auf Anfrage. Die Gerichtsverhandlung wird noch diesen Herbst stattfinden. Bayard muss sich in der sogenannten Affäre «Conti Neri» der ehemaligen Möbel Gertschen AG verantworten. Er wurde bereits vom Untersuchungsrichter per Strafbefehl wegen Zuwiderhandlung gegen die AHV- und Pensionskassengesetzgebung zu einem Monat Gefängnis und 2000 Franken Busse verurteilt. Bayard hat den Strafbefehl angefochten. Insgesamt gingen 1,5 Millionen über das Schwarzgeldkonto, ein Teil davon als Bayard VR-Präsident der Möbel Gertschen AG war.

...die Pensionskasse des Walliser Lehrpersonals (RVKL) mit einem Gutachten der Walliser Kantonalbank an den Kragen will?



Jetzt geht es vielleicht auch der Walliser Kantonalbank (WKB) an den Kragen. Die Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis (RVKL) hat nämlich ein 270 000 Franken teures Gutachten beim Beratungsbüro Ecofin in Auftrag gegeben, um unter anderem die Haftung der WKB beim RVKL-Debakel zu untersuchen. Das Gutachten steht kurz vor dem Abschluss. Bekanntlich hat die PUK aus politischen Gründen beide Augen zugedrückt, was die Verantwortung der WKB anbelangt. Inzwischen ist es auch in den kanadischen Goldgruben zu Turbulenzen gekommen. Die kanadische Finanzaufsicht hat laut Presseberichten alle Aktiven der Firma Norbourg eingefroren, weil 70 Millionen Dollar verschwunden sein sollen. Norbourg-Präsident ist Vincent Lacroix, der auch Generaldirektor der Cybel Management ist, bei der die RVKL 10,7 Millionen verloren hat.

...die Skianlagen am Hungerberg wieder aktiviert werden sollen, nachdem die Sidelhorn-Promotoren bereits den Geldhahn abgestellt haben?



Keine gute Nachricht für die Sidelhorn-Promotoren im Goms: Der Verein Pro Hungerberg will die Skianlagen am Hungerberg in Oberwald wieder in Betrieb nehmen, nachdem die Bergbahnen Obergoms AG den Hungerberg bereits beerdigt hat. Offenbar traut man beim Verein Pro Hungerberg dem Sidelhornprojekt und dessen Realisierbarkeit nicht so richtig und trifft nun entsprechende Massnahmen, um das Abwandern von Gästen zu verhindern. Der Verein hat den Weiterbetrieb bereits finanziell und juristisch aufgegleist und wartet nun auf einen positiven Entscheid der Bergbahnen Obergoms AG, der die Skianlagen am Hungerberg gehören.

Buchbesprechung

Das Geheimnis des Fahrradhändlers

Jean-Jacques Sempé wurde 17. August 1932 in Beordaux geboren. 1960 machte er das Zeichnen zu seinem Broterwerb und arbeitete als Karikaturist. Sempés Erfolg beruht auf einem nachsichtigen Umgang mit dem Spiessbürger, zudem wird die Bitternis der Satire durch den feinfühligsten Humor des Autors entschärft.

In «Das Geheimnis des Fahrradhändlers» stammen jedoch nicht nur die Zeichnungen aus der Feder des Franzosen, sondern auch die Erzählung selbst. Hauptperson ist Paul Tamburin, Fahrradhändler und Lebenskünstler, der nach aussen hin ein glückliches Leben führt. Dass es sich dabei um ein Trugbild handelt, weiss nur er selbst, denn Tamburin trägt ein Geheimnis mit sich herum, das schwer auf seiner Seele lastet: Er, der sich wie kein anderer mit Gangschaltung, Reifen und Zahnkränzen auskennt, ist nicht in der Lage, sich mehr als ein paar Sekunden auf dem Fahrrad zu halten.

Das Geheimnis des Fahrradhändlers ist eine einfache Geschichte mit philosophischem Hintergrund. Es handelt von einem, der vorgibt ein anderer zu sein. Von einem der eine geschönte Version von sich selbst spielt, um von seinen Mitmenschen akzeptiert und bloss nicht ausgelacht zu werden. Paul Tamburin steckt in einer Rolle, die ihm nicht nur von seiner Umwelt zugewiesen wurde, sondern die er sich selbst ausgesucht hat. Dieses Spiel geht solange gut, bis er eines Tages die Kontrolle über sein Leben verliert.

«Manche Männer verspüren in einem gewissen Alter, ein Bedürfnis, sich einer extremen Herausforderung zu stellen, sich selbst zu übertreffen. Man darf ihnen das nicht zum Vorwurf machen. Die Sache hat sogar einen heilsamen Effekt: Diese letzte bestandene Herausforderung wird es ihnen erleichtern, die Phase des physischen Kräfteverfalls ohne Neurose oder Altersdepression zu überstehen.» So die tröstenden Worte eines befreundeten Psychologen an die Ehefrau von Tamburin.

Als LeserIn fragt man sich, ob es nicht doch mehr Menschen wie Tamburin gibt, und welche Rolle man wohl selber spielt. Glücklicherweise sind diejenigen, welche mehrere beherrschen. Jean-Jacques Sempé hat mit diesem Buch bewiesen, dass er nicht nur das Zeichnen beherrscht, sondern auch das Geschichtenerzählen.

Von Marie-Theres Kämpfen,
Buchhandlung Wegenerplatz



Jean-Jacques Sempé:
Das Geheimnis des Fahrradhändlers
Ins Deutsche übersetzt von Sempés Freund Patrick Süsskind
Diogenes
ISBN: 3-257-06473-X
Preis: Fr. 29.90

Rudi Dutschke

Demokratie und Sozialismus

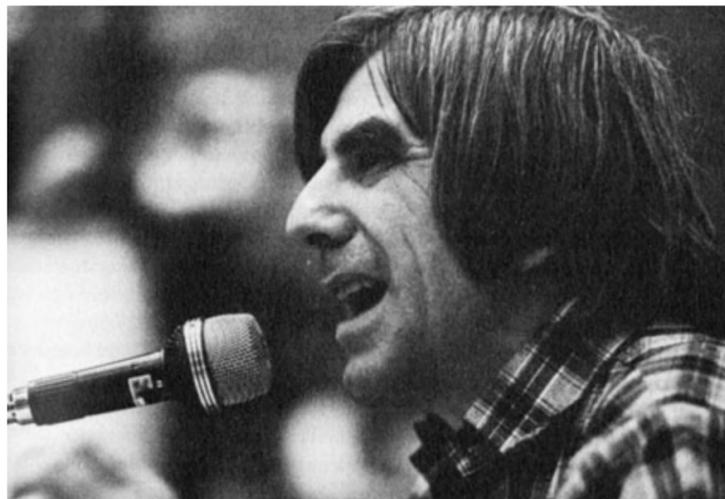
Rudi Dutschke, geboren 1940, war aufgewachsen in der DDR und vor dem Bau der Mauer in den Westen übersiedelt. Er galt als Sprecher der ausserparlamentarischen Opposition (APO) und war die Symbolfigur der 68er Bewegung. Dutschke organisierte in diesen Jahren viele Protest-Demonstrationen und Aktionen, die sich gegen den Vietnam-Krieg der USA, die Notstandsgesetze und die Einschränkung der Pressefreiheit richteten. Zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und den Aktivitäten in der westlichen Welt sah er enge Zusammenhänge. Die Weltkonflikte waren für ihn nicht durch die Trennung zwischen Ost und West, sondern zwischen industrialisiertem Norden und agrarischem Süden bestimmt. Dutschke starb an Weihnachten 1979, 39-jährig, an den Spätfolgen des Attentats, das ein Rechtsradikaler auf ihn ausgeübt hatte.

VON HILAR EGGEL

Ein überzeugter Sozialist

Seine politische Laufbahn begann 1962 mit der Gründung der «Subversiven Aktion», die sich 1964 dem «Sozialistischen Deutschen Studentenbund» (SDS) anschloss. Im Februar 1965 wurde Dutschke in den politischen Beirat der SDS gewählt und nahm ab 1966 an diversen Demonstrationen der ausserparlamentarischen Opposition (APO) teil, u.a. gegen die Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und gegen die Bildung der «Grossen Koalition», welche damals aus der CDU/CSU und der SPD bestand. Im Rahmen der Studentenbewegung organisierte Dutschke auch zahlreiche Demonstrationen und propagierte eine stärkere Ausrichtung an provokativen Formen «direkter Aktion», um die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zum Tanzen zu bringen und ein politisches Bewusstsein hervorzurufen.

Mit seiner antiautoritären und aufklärerischen Einstellung verstand er es, Menschen nicht nur schwierige politische Sachverhalte verständlich zu machen, sondern sie auch zur politischen Aktion zu bewegen. «Sich selbst zu verändern, glaubwürdig zu werden, Menschen zu überzeugen und den verschiedensten Formen von Ausbeutung und Terror entgegenzuwirken, das mag in manchen Augenblicken ungeheuer schwer er-



Rudi Dutschke auf einer Veranstaltung der Alternativen Liste Berlin

scheinen. Und dennoch gibt es dazu keine Alternative», brachte er 1977 sein Credo auf den Punkt. Nicht vergessen und verdrängt hatte er, dass auch die Erzieher erzogen werden müssen und dass dieses nur durch ein Zusammenfallen von Selbstveränderung und Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch revolutionäre Praxis vonstatten gehen kann. Entsprechend verstand er den Sozialismus «nicht als Mythos der Ferne oder der Vergangenheit», wie er einmal schrieb, «sondern als konkret-utopische Perspektive der neuen Lebensqualität», als «aufrechten Gang in Richtung Freiheit».

Der Vietnam-Kongress

Mitte Februar 1968 fand an der Berliner Universität der Vietnam-Kongress statt, der ein grosser Erfolg wurde. Mehrere tausend Studenten beteiligten sich; die Abschlussdemonstration wurde die bis dahin grösste deutsche Protestveranstaltung. Das aufgeheizte politische Klima zeigte sich auch bei einer vom Berliner Senat organisierten «Pro-Amerika-Demonstration», auf der Teilnehmer Plakate mit der Aufschrift «Volksfeind Nr. 1: Rudi Dutschke» trugen. Dort wurde ein Passant mit Dutschke verwechselt und von aufgebracht Demonstrationsteilnehmern zusammengeschlagen.

Am 11. April wurde Rudi Dutschke von dem jungen Hilfsarbeiter Josef Bachmann, dem rechtsextreme Tendenzen nachgesagt wurden, mit drei Schüssen niedergeschossen. Rudi Dutschke erlitt lebensgefährliche Gehirnverletzungen und überlebte das Attentat nur knapp nach einer mehrstündigen Operation. Viele Studenten machten die Springerpresse für das Attentat verantwortlich, da diese zuvor monatelang gegen Dutschke und die demonstrierenden Studenten agitiert hatte. Die «Bildzeitung» z.B. hatte Tage zuvor zum «Ergreifen» der «Rädelführer» aufgerufen. Bei den folgenden Protestkundgebungen kam es zu den bis dahin schwersten Ausschreitungen in der Geschichte der Bundesrepublik, bei denen auch das Verlagsgebäude der Springerpresse angegriffen und Auslieferungsfahrzeuge angezündet wurden. Dutschke musste sich Sprache und Gedächtnis in monatelanger Therapie mü-

sam wieder aneignen. Zur Genesung hielt er sich ab 1969 in der Schweiz auf, dann in Italien und Grossbritannien. Von dort wurde er während eines Irland-Urlaubs wegen «suversiver Tätigkeit» ausgewiesen. Daher musste er sein 1970 begonnenes Studium an der Universität Cambridge abbrechen. Daraufhin zog er nach Dänemark, wo er eine Anstellung als Dozent an der Universität von Aarhus erhielt.

Der lange Marsch durch die Institutionen

Dutschke versuchte, die marxische «Kritik der politischen Ökonomie» auf seine Gegenwart anzuwenden und weiterzuentwickeln. Er sah das Wirtschafts- und Sozialsystem als Teil eines weltweiten komplexen Kapitalismus, der alle Lebensbereiche durchdringe und die lohnabhängige Bevölkerung unterdrücke. Die soziale Marktwirtschaft beteilige das Proletariat zwar am relativen Wohlstand der fortgeschrittenen Industrieländer, binde es dadurch aber in den Kapitalismus ein und täusche es über die tatsächlichen Machtverhältnisse hinweg. Die kapitalistische Gesellschaft sah er als nicht reformierbar an; sie müsse vielmehr in einem langwierigen, international differenzierten Revolutionsprozess umgewälzt werden, den er als «langen Marsch durch die Institutionen» bezeichnete.

Für Dutschke waren Demokratie und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden. Die Verfügung der Arbeiter über die Produktionsmittel sollte das Erbe der französischen Revolution, die «bürgerlichen» Freiheitsrechte, bewahren und die freie Entfaltung des Individuums ermöglichen und erweitern.

Lenin auf die Füsse stellen

In der Dissertation (Versuch, Lenin auf die Füsse zu stellen, 1974) vertrat Dutschke die Ansicht, dass die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution in Russland nie bestanden hätten, und nahm stattdessen eine ungebrochene Kontinuität der «asiatischen Despotie» von Dschin-



Rudi Dutschke organisierte und provozierte «direkte Aktionen», um die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zum Tanzen zu bringen und ein politisches Bewusstsein hervorzurufen.

gis Khan bis zu Stalins Zwangskollektivierung und Zwangsindustrialisierung an. Während Lenin 1905 noch für die Entfaltung des Kapitalismus in Russland plädiert habe, damit dort eine echte Arbeiterklasse heranwachsen könne, sei schon sein «Oktoberputsch» von 1917 als Rückfall in die «allgemeine Staatsklaverei» anzusehen. Die Entwicklung von Lenin zu Stalin sei logische Folge des Parteien- und Fraktionsverbots gewesen. Stalins Versuch, die Produktivität der Sowjetunion durch brutale Zwangsindustrialisierung zu steigern, habe ihre Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt nie beseitigen können. Er habe nur einen neuen Imperialismus hervorgebracht, so dass militärische Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und Unterdrückung von selbstbestimmten Sozialismusversuchen im Ostblock eine logische Einheit darstellten. Der isolierte «Sozialismus in einem Land» betrachtete er als eine «antidynamische Sackgassenformation», die sich nur noch durch Kredite und Importe aus dem Westen am Leben erhalten könne.

Seit 1976 engagierte Dutschke sich für den Aufbau einer öko-sozialistischen Partei, die die neuen ausserparlamentarischen Bewegungen bündeln und parlamentarisch wirksam werden lassen sollte. Ab 1978 setzte er sich mit anderen für eine grünalternative Liste ein, die an den kommenden Europawahlen teilnehmen sollte. Er wurde Mitglied bei den Grünen Bremens und kandidierte erfolgreich auf deren Liste. Am Heiligabend des Jahres 1979 erkrankte Dutschke bei einem epileptischen Anfall als Spätfolge des Attentats in der heimischen Badewanne.

Wenn die Gespenster wieder erwachen...

Karl Marx ist tot, Rudi Dutschke ist tot. Unsere Gesellschaft hat sie stillschweigend begraben. Doch ihr Schweigen kann nicht unterdrückt werden. Sie stehen immer wieder auf, weil sie die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft glasklar gesehen und formuliert haben.

Was viele nicht begreifen wollen, Marx hat die kapitalistische Gesellschaft analysiert und die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution gepriesen. Er hat erkannt, dass die Profitgier in eine Sackgasse führen wird, aus der wir uns nur befreien können, wenn wir die kapitalistischen Strukturen überwinden.

Rudi Dutschke kam aus dem Osten und wusste um die Errungenschaften des Westens. Er nannte den damals real existierenden Sozialismus Staatsklaverei. Denn: «Die Renaissance und der Humanismus haben sich dort nie (!) durchsetzen können. Keine Subjektivität, keine Individualität und keine Freiheit, allein Religion, aber keine Philosophie, um mit Hegel zu sprechen, konnten sich institutionalisieren.»

Rudi Dutschke glaubte an die Vernunft der Menschen. Er war überzeugt, dass die Menschen den aufrechten Gang erlernen und die Geschichte selber machen können. Er erklärte: «Wir sind nicht hoffnungslose Idioten der Geschichte, die unfähig sind, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Das haben sie uns jahrhundertlang eingeredet. Viele geschichtliche Zeichen deuten darauf hin, dass die Geschichte einfach nicht ein ewiger Kreislauf ist, wo nur immer das Negative triumphieren muss. Warum sollen wir vor dieser geschichtlichen Möglichkeit Halt machen... Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt. Das ist unsere geschichtliche Möglichkeit.»

Im Gegensatz zu Russland hat in den westlichen Ländern die «ursprüngliche Akkumulation» stattgefunden. Diese Errungenschaft der bürgerlichen Demokratie muss weiterentwickelt werden. Die Erbschaft der bürgerlichen Revolution muss übernommen und die kapitalistische Produktionsweise überwunden werden. Demokratie, wenn sie nicht inhaltslos bleiben will und wenn sie nicht zerstört werden soll, muss sich zum Sozialismus öffnen. Denn das Credo von Rudi Dutschke lautete: Es kann sich keine Demokratie ohne Sozialismus verwirklichen, wie sich kein Sozialismus ohne die Erbschaft und Weiterentwicklung der bürgerlichen Revolution entwickeln lässt.

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

KELLER THEATER BRIG

Fr, 23.9.2005; Sa, 24.9.2005, 20.30 Uhr
Endspiel – von Samuel Beckett; TheaterSPUR
 mit Max Sartore und Jörg Reichlin

Sa, 1.10.2005, 20.00 Uhr
Ich war ein Suchender und bin es noch –
Hermann Hesse – Vera Bauer + David Goldzycher

Fr, 7.10.2005, 20.30 Uhr
Jazz am... Freitag mit gruppe6

So, 9.10.2005, 20.30 Uhr
Matinee – Streichquartett mit Regina Salzmann,
 Naters (Geige); Fabienne Imoberdorf, Visp (Geige);
 Andreas Seitz, Visp (Viola); Andreas Brunner,
 Brig (Cello)

Fr, 14.10.2005; Sa, 15.10.2005, 20.30 Uhr
Sina – Unplugged

So, 23.10.2005, 17.00 Uhr
Madamax – Schweiz trifft Afrika

Fr, 28.10. und Sa, 29.10.2005, 20.30 Uhr
So, 30.10.2005, 17.00 Uhr
chantElle – Eiger, Mönch & andere Jungfrauen;
 Musikalische Leitung: Johannes Diederer;
 Choreographie: Roland Duppenhaler

Fr, 4.11.2005, 20.30 Uhr
Jazz am... Freitag – mit Christophe Fellay – Solo

Sa, 5.11.2005, 20.30 Uhr
Gestörte Feiern
 von Franz Hohler und Theater Klappsitz

Fr, 11.11.2005, 20.30 Uhr
Jolanda-Reznan-Gala mit Franziskus Abgott-
 spon; Musik: Sabine Gertschen und Elmar Schmid

So, 13.11.2005, 11.00 Uhr
Matinee
 Javier Hagen (Gesang) und Andy Schnider (Akk.)

Sa, 19.11.2005, 20.30 Uhr
Theater Marie – Lüthi Lauf

Sa, 26.11.2005, 20.30 Uhr
Don Mescall – Irish Singer/Songwriter

Do, 1.12.2005, 20.30 Uhr
Jazz am... Donnerstag
 mit Hans-Peter Pfammatter's Scope

Fr, 2.10.2006; Sa, 3.10.2006, 20.30 Uhr
Patent Ochsner – Konzert

Fr, 6.1.2006, 20.30 Uhr
Jazz am... Freitag – Quartet d' Antoine

Sa, 14.1.2006, 20.30 Uhr
Pablo Neruda mit Peter Kner + Christian Hostettler

Sa, 04.02.2006, 20.30 Uhr
Jazz am... Samstag – mit Eliane Amherd

Infos unter: www.kellertheater.ch

Natur entdecken im Wallis

Mittwoch, 8. Oktober 2005

Der Laser in der Augenheilkunde
 mit Dr. med. Franz Fankhauser

Samstag / Sonntag, 22. / 23. Oktober 2005

BeobachtungswEEKEND
 Zweitägige ornithologische Exkursion
 im Kanton Genf. Anmeldung obligatorisch

Samstag, 5. November 2005

**Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen
 im Rahmen von Grossbaustellen**
 an konkreten Beispielen im Raume Visp-Raron
 Leitung: Dr. Remo Wenger

Samstag, 13. November 2005

Einmalige unvergessliche Gamsbrunft
 Exkursion mit Urs Zimmermann, Wildhüter

Freitag, 25. November 2005

Nacht der Physik im Kollegium Brig

Freitag, 9. Dezember 2005

**Welche Zukunft wollen wir?
 Skigebiete im Oberwallis Quo Vadis?**
 im Grünwaldsaal Brig

Auskunft:
 Oberwalliser Umweltsekretariat Naters,
 027 923 61 62, www.umwelt-oberwallis.ch

Wandern mit der Alpen-Initiative

Mit einer aufgestellten Gruppe während einer Woche oder an einem Wochenende bekannte und unbekannte Gegenden der Alpen erwandern? Die Alpen-Initiative macht's möglich und bietet seit 1990 jedes Jahr ein attraktives Wanderprogramm exklusiv für ihre Mitglieder an. Ein guter Grund mehr Mitglied der Alpen-Initiative zu werden.

Wochenend-Wanderprogramm:

Donnerstag 13. Okt. – Sonntag 16. Okt. 05
Binntal – Devero – Alpe Veglia –
Die Wanderung in gelben Lärchen
 mit Paul Ruppen

Freitag 21. Oktober – Sonntag 23. Okt. 05
Drei sagenhafte Tage im Binntal
 mit Andreas Weissen

Auskunft im Sekretariat der Alpeninitiative
 Brig: 027 924 22 26 und www.alpeninitiative.ch

5. November 2005

im alten Werkhof in Brig

**Benefizkonzert und Fiesta
 por Ecuador**

Kino Astoria: Der Besondere Film

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem
 Untertitel. Jeweils am Montag, 20.30 Uhr
 im Kino Astoria in Visp, www.kino-astoria.ch

Montag, 19. September 2005

TURTLES CAN FLY – ist mehrfach ausgezeichnet,
 ein eindringliches Märchen über Menschlichkeit
 und Hoffnung.

Montag, 26. September 2005

ONLY HUMAN (SERES QUERIDOS)
 ist eine Komödie über kulturelle Differenzen
 und das Menschliche und allzu Menschliche im
 täglichen Zusammenleben.

Montag, 03. Oktober 2005

THE WOODSMAN – Kevin Bacon brilliert als
 Sexualstraftäter, der nach jahrelanger Haft wieder
 Tritt in der Gesellschaft sucht.

Montag, 10. Oktober 2005

BIN JIP
 Der neue Film des Regisseurs von «Spring, Summer,
 Autumn, Winter... and Spring» gewann in
 Venedig den Silbernen Löwen für die beste Regie.

Montag, 17. Oktober 2005

IN MY FATHER'S DEN – Das vielschichtige
 Drama aus Neuseeland erzählt von einem Heimkehrer,
 der von der Vergangenheit eingeholt wird.

So. 2. Oktober 2005, 17. 00Uhr

**Endo Anaconda
 (Stiller Has)**

liest aus: Sofareisen
 im Kellertheater

Vorverkauf: Plattuladu&Wegenerplatz

5. und 6. Oktober 2005

**Wintersport- und Kleiderbörse
 für Erwachsene**

im alten Werkhof in Brig

Annahme: Mittwoch, 5. Okt. 17.00–19.00 Uhr
 Verkauf: Mittwoch, 5. Okt. 19.30–21.30 Uhr
 Verkauf: Donnerstag, 6. Okt. 10.00–18.00 Uhr

13. bis 16. Oktober 2005

**Wildkräuter und Wurzeln,
 kennenlernen, sammeln
 und geniessen**

im Tiefenboden ob Bitsch.
 Information und Anmeldung bei Rita Huwiler
 Weissen, Naturheilpraktikerin, 079 789 67 26
www.rhone.ch/naturheilpraxis-saltina

Zi-TäterIn

«Kein Zweifel, die Krippe hat Zukunft und die Zukunft wird in der Krippe enden, ...falls es nicht gar ein Schweinetrog sein sollte.»
 SVP-Nationalrat Oskar Freysinger über Kinderkrippen

Rote Anneliese: Aus dem Pissoir-Poet ist ein Bauernlyriker geworden!

«Manche Leute sind mit seiner Politik einverstanden, andere sind es nicht. Ich kann es zu wenig gut beurteilen.»

Fussballer Johann Vogel über seinen Boss, Milan-Präsident Silvio Berlusconi

Rote Anneliese: Nach drei Jahren kann Vogel sicher ein Lied singen oder er lernt fliegen.

«Die Walliser sind Pioniere, die schon in früheren Jahrzehnten in Russland Geschichte geschrieben haben.»

Botschafter Erwin Hofer anlässlich der Walliser Moskau-Reise

Rote Anneliese: Jetzt sind wir also froh über die verpönten Linken, welche zur Zeit des Kalten Krieges nach Moskau pilgerten.

«Die Kurzgeschichte von Oskar Freysinger für das Walliser Jahrbuch ist garantiert pornographiefrei.»

Alois Grichting, Redaktor des Walliser Jahrbuches

Rote Anneliese: Schade! Nach dem starken Rückgang der Gedenktafeln für die Toten könnte das verstaubte Walliser Jahrbuch einen zugkräftigen Ersatz gut gebrauchen.

«Das Wallis hat sie auch draussen in der Welt, jene hervorragenden und gut ausgebildeten Leute, die sich vielleicht gerne in den Dienst der näheren Heimat stellen würden.»

Roman Weissen, Exil-Walliser in Bern

Rote Anneliese: Der Pressesprecher des geheimen Nachrichtendienstes ist unterbeschäftigt, weil logischerweise zum Schweigen verurteilt, so dass er auch den Job des Walliser Lobbyisten in Bern gut übernehmen könnte.

Der Abonnent ist König!

Wallis: Hamsterkäufe der Oppositions

Eine Person kaufte 300 bis 400 Exe

Brig (sda, 01.07.2005)

«Rote Anneliese»:
 Auflage ausverkauft

Das gab es seit zwanzig Jahren nicht mel

Freude herrsch

Brig - Glis. – Fünfm

erscheint die Al-
 «Rote
 Was überwiegt nun
 Jag und bei der R-
 Anne

Simplonforum: Informieren, diskutieren, positionieren

Am 1. September 2005 fand im Restaurant Simplon in Naters die erste Veranstaltung des «Simplonforums» statt, die ein grosser Erfolg war. André Daguet war eingeladen und hielt ein engagiertes Referat zur Personenfreizügigkeit. Geplant sind weitere Veranstaltungen: im Oktober zur gentechfreien Landwirtschaft und im November zum «Geschwätz vom Wachstum».

Das Simplonforum bietet politisch Interessierten im Restaurant Simplon in Naters die Möglichkeit, sich zu treffen, zu informieren, zu diskutieren. Damit soll in der links-grün-alternativen «Oberwalliser Szene» künftig ein regelmässiger Gedankenaustausch stattfinden – nicht zuletzt zur Klärung von Positionen und zur Weiterbildung.

Einladungen und Informationen zu den Veranstaltungen erfolgen über die E-Mail-Adresse info@simplonforum.ch und die Lokalpresse.

Die Veranstaltungen finden jeweils zwischen 18 und 20 Uhr statt.

Wer sich für die Anlässe und Veranstaltungen interessiert, wird gebeten, seine E-Mail-Adresse zu schicken an:

info@simplonforum.ch

Hilar Eggel

Ich bestelle ein Abo
 der **Roten Anneliese**
 für 40 Franken.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: **Rote Anneliese**, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

Aargauer Radio-Missionar kommt ins Wallis

SVP-ler am Steuer von Radio Rottu

VISP – Seit Ende April hat Radio Rottu Oberwallis (rro) einen neuen Präsidenten. Nachfolger des bisherigen Präsidenten Georges Schmid wurde der Aargauer Lokalradio-Pionier Christian Stärkle, welcher sich im Aargau als Gründer von Radio Argovia profilierte. Weniger erfolgreich verlief seine Karriere als SVP-Politiker und auch sein Führungsstil ist umstritten.

Von Kurt Marti

Keine hohen Wellen warf Ende April die Wahl des neuen rro-Präsidenten. Fast heimlich kletterte der Aargauer Lokalradiopionier Christian Stärkle an die rro-Spitze. Und es ist schon fast ein mediales Kunststück, wie es ihm gelang, seine politische und sonstige Vergangenheit unter dem Deckel zu halten. Denn der studierte Jurist Stärkle ist Mitglied der SVP und hat bereits zwei erfolglose Wahlkämpfe auf dem Buckel. Locker konnte er noch seine erste Niederlage wegstecken, als er 1987 für die Junge SVP in den Nationalrat wollte. Doch

im Jahre 2000 war die Niederlage bitter und schmerzlich. Stärkle kandidierte nämlich für den Aargauer Regierungsrat und wurde vom farblosen und spröden FDP-Kandidat vernichtend geschlagen, obwohl Stärkle als Gründer von Radio Argovia einen sehr hohen Bekanntheitsgrad hatte und als Marketing-Genie gilt.

Stärkles Kandidatur war verloren ehe sie richtig begann

Doch die AargauerInnen rümpften die Nase ob Stärkles amerikanischen Wahlkampfes ohne klares Programm

und durchzogen von mehr oder weniger originellen Gags und allerlei Seltsamkeiten. Zum Beispiel hatte Stärkle seinen Wohnort bei Ankündigung der Kandidatur noch im Kanton Bern und im elektronischen Telefonbuch existierte kurioserweise seine Adresse in Venthône im Unterwallis. Doch der schlimmste Fehler im Autokanton Aargau waren seine Walliser Kontrollschilder an seinem Auto. Da konnte auch der Marketing- und Medienprofi nichts mehr ausrichten: Ein Aargauer SVP-Regierungsratskandidat mit Wohnsitz im Kanton Bern, mit Walliser Adresse und mit Walliser Kontrollschildern am Auto! Der Wahlkampf war verloren, ehe er begonnen hatte, obwohl nationale SVP-Politiker wie Maximilian Reimann ihn por-



Kuriosum rro-Präsident Christian Stärkle: Aargauer SVP-Regierungsratskandidat mit Berner Wohnsitz, mit Walliser Kontrollschilder am Auto und mit Walliser Adresse

tierten. Gerüchte über seine angebliche Armeegegnerschaft drehten die Runde. Für eine frühere Weihnachtskarte musste er sich gar öffentlich entschuldigen. Radio Argovia hatte darauf geschrieben: *«Gerade in einer Zeit, in der Juden das im 2. Weltkrieg erlittene Unrecht kommerziell noch nutzen wollen,... dürfen wohl auch die eigenen Werte überdacht werden.»*

ste ihn der *Tagesanzeiger* an, welcher ehemalige Angestellte zitierte, welche Stärkle als *«knallhart»* bezeichneten. Journalisten hätten auf juristischem Weg Lohnnachzahlungen einfordern müssen. Stärkles eigene Version gegenüber der RA ist etwas anders: Es gebe Journalisten, die seien eben unbelehrbar. Mit Leuten, die er für unfähig hält, geht er tatsächlich hart ins Gericht. So kanzelte er nach verlorenem Regierungsrats-Wahlkampf den Wahlsieger von der FDP wie folgt ab: *«Schlechtere und naivere Leute als Beyeler kann man nicht wählen. Schlapp ist er auch noch.»* Im Wallis hat sich Stärkle bisher parteipolitisch nicht hervorgetan. Laut eigenen Angaben hat er sich aber schon mit SVP-Nationalrat Oskar Freysinger getroffen.

Tagesanzeiger fasste ihn hart an

Stärkles Wahlprogramm reduzierte sich auf ein Drogenverbot, Steuersenkungen für KMU und gegen einen EU-Beitritt. Letzteres wurde ihm prompt als Widerspruch angekreidet, weil er neben dem Schweizer auch einen EU-Pass hat. Besonders hart fas-

Der heitere Schluss



Der Wakkerpreis 2005 geht an die Marcel Kummer AG in Bitsch

**ROTE
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • Nr. 189 / September 2005

Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis